

Der Abschluss für den Öffentlichen Dienst und die Linke

zuerst veröffentlicht am 21.11 unter:
<https://arbeiterinnenmacht.de/2020/11/21/der-abschluss-fuer-den-oeffentlichen-dienst-und-die-linke/>

Mattis Molde

Die erste große Tarifrunde nach Beginn der Pandemie und der Vertiefung der Wirtschaftskrise ist vorbei. Der öffentliche Dienst hat Maßstäbe auch für die nächsten Runden gesetzt. Aber es ging nicht nur um die ökonomischen Verkaufsbedingungen der Ware Arbeitskraft. Es ging um mehr. Es ging darum, wie sich die Arbeiter_Innenklasse politisch aufstellt in einer entscheidenden historischen Phase, in der sich eine Krise des kapitalistischen Systems entfaltet, die tiefer und länger zu werden verspricht als die vor 10 Jahren, ja jetzt schon mit der von 1931 verglichen wird. Die begleitet ist von Krisen der politischen Systeme nicht nur in Halbkolonien, sondern auch in den Zentren der Macht wie in den USA und der EU. Die dominiert wird von rechten Massenmobilisierungen und Wahlerfolgen, in der es aber auch Gegenbewegungen gibt.

Ausverkauf

Das Kapital und sein Staat haben sich in dieser Tarifrunde von Anfang an klar positioniert. Das war zu erwarten. Die ver.di-Führung ignorierte das anfangs trotzdem und streute ihren Mitgliedern Sand in die Augen, als sie von einer „Politik der ausgestreckten Hand“ schwadronierte. Als diese Vorgangsweise scheiterte, erklärte sie es zum Ziel der Warnstreiks, dass die Arbeit„geber“_Innen „endlich ein Angebot vorlegen“. Die Forderung von 4,8 % mit einer Laufzeit von einem Jahr war damit schon unauffällig ersetzt. Entsprechend haben die Spitzenverhändler_Innen das „respektlose“ erste Angebot der Arbeit„geber“_Innenverbände in der letzten Verhandlung nur

durch Umverteilung unter den Beschäftigten modifiziert, im Volumen kaum erhöht und dann zu „respektabel“ umgetauft. Diese Einschätzung macht nur dann einen Sinn, wenn man einen Streik von vorneherein ausschließt, wie es offensichtlich die ver.di-Führung getan hat, und noch nicht einmal eine Streikvorbereitung als Drohpotential aufbaut. Das macht diese Niederlage zur Kapitulation. Das haben wir an anderer Stelle ausführlich dargelegt. Eine Niederlage zu erleiden, ist eine Sache, eine andere, die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen.

Viele linke Gruppen und Personen haben das Ergebnis analysiert und fast alle kommen zum Schluss, dass es ein schwacher Abschluss war, der meilenweit von der Forderung entfernt war. Aber die meisten betonen, dass immerhin weitergehende Angriffe auf die Beschäftigten abgewehrt worden seien. So titelt die SAV: „Angriff abgewehrt, Gegenoffensive verpasst“. Ähnlich sieht das Olaf Harms in der UZ „Licht und Schatten“. Die Sol (Sozialistische Organisation Solidarität) meint: „Kampfkraft nicht genutzt“ und „ernüchterndes Ergebnis“. Auch RIO nennt das Ergebnis „mager“. Die Rote Fahne schreibt „das Ergebnis: ein fauler Kompromiss, weil die volle gewerkschaftliche Kampfkraft nicht eingesetzt wurde“.

Apparat

Alle diese Einschätzungen sind näher an der Realität als die selbstgefällige Lobhudelei, die ver.di selbst verbreitet. Letztere wird nicht besser dadurch, dass ein Teil der Mitglieder das Einknicken der Verhandlungsführung unterstützte oder keine Alternative dazu sah. Aber sehr viele protestieren auch gegen diesen Abschluss auf Webseiten von ver.di oder in öffentlichen Medien. Aus den Kreisen der vielen Gewerkschaftssekretär_Innen, von denen etliche in linken Organisationen wie DIE LINKE, IL oder marx21 politisch organisiert sind, ist kein Anflug einer Kritik zu hören, alle tragen brav die Entscheidung mit. Sie verwechseln die Disziplin innerhalb einer Arbeiter_Innenorganisation, beschlossene Aktionen auch gemeinsam durchzuführen, mit einer innerlich eines Apparates gegen diese Organisation: In einer Phase, in der ein Abschluss diskutiert werden soll, vertreten diese „Hauptamtlichen“, wie sie sich selber nennen, die Linie der Spitze und bekämpfen die Kritik, die von der Basis geäußert wird. Das

Gleiche gilt für die breite Masse der betrieblichen Spitzenfunktionär_Innen, der sogenannten Ehrenamtlichen, der linken wie der rechten.

Diese Einstellung der „Linken“ in der Struktur von ver.di ist verheerend. Sie führt erstens dazu, dass sich die Kritik aus der Basis nicht wirklich innerhalb der Gewerkschaft ausdrücken kann. Diejenigen, die innerhalb der Strukturen Funktionen innehaben, weigern sich, sich zum Sprachrohr der Kritik zu machen. Sie überlassen die Basis sich selbst und sind hauptverantwortlich dafür, wenn jetzt gerade kritische Kolleg_Innen den Laden verlassen. Zweitens sind damit auch die nächsten Niederlagen vorprogrammiert. Dies wird innerhalb von ver.di vor allem der ÖPNV sein mit den Tarifverträgen Nahverkehr. Für die ganzen schlechter und schwächer organisierten Beschäftigtengruppen ist das Signal, das ver.di gegeben hat, eine wirkliche Entmutigung.

Diese Verweigerung der Linken im ver.di-Apparat, sich zum Sprachrohr der kritischen Teile der Gewerkschaftsbasis zu machen, wird übrigens voll auch von der Partei DIE LINKE getragen. Der Vorstand hat bisher kein einziges Wort der Kritik veröffentlicht und damit gezeigt, dass die Partei in dieser Frage als Wasserträgerin des reformistischen ver.di-Apparates fungiert und null Unterschied zur SPD darstellt. Auf unterer Ebene der Linkspartei gab es kritiklosen Jubel (Niedersachsen), leichte Kritik (z. B. Oberhausen), aber auch kommunale MandatsträgerInnen, die sich von Anfang an mit Blick auf ihre Gemeindefinanzen gegen die Forderungen gestellt hatten.

Zurückbleiben

Aber auch die Gruppen und Organisationen, die Kritik an dem Abschluss üben, müssen sich fragen, ob ihre Antworten ausreichend sind. So ist das Bemühen, dem Abschluss noch etwas Gutes abzugewinnen, mehrfach problematisch: Erstens führt es zu falschen oder unzureichenden Schlussfolgerungen bezüglich der betroffenen Kolleg_Innen. Zweitens zu falschen Perspektiven für die weiteren Tarifrunden und alle Abwehrkämpfe gegen die Krise.

Erstens gehört es zum ABC jeglicher Verhandlung auf jeglichem Gebiet, dass

auch weitergehende Forderungen aufgestellt werden, auf die im Laufe der Verhandlungen verzichtet werden kann. Frank Werneke beispielsweise hat ja sehr offen zum Thema Laufzeit erklärt, dass die Forderung nach einem Jahr nie ernst gemeint gewesen sei, „weil da ja dann Bundestagswahl“ wäre. Warum das nicht gehe, ist damit noch nicht erklärt, aber anschaulich dargestellt, wie die Spitzen der Bürokratie zur „demokratischen Beschlüssen“ stehen. Natürlich stellt auch die andere Seite weitergehende Forderungen als Verhandlungsmasse auf. Linke sollten daraus lernen, nicht Scheinerfolge zu preisen oder kleine Lichter im großen Schatten auszumachen.

Zum Zweiten ist es eine sehr gängige Methode bei Tarifabschlüssen, diese möglichst nicht nachrechenbar zu gestalten: Tariferhöhungen, die in die Lohnstruktur eingehen, werden mit Einmalzahlungen vermengt. Gerne können einzelne Positionen in einzelnen Bereichen zeitlich verschoben, manchmal können bestehende Zahlungen angerechnet werden. Das Ganze dann unterschieden nach Einkommenshöhe usw. Das lässt jede Menge Spielraum für Schönrechnerei.

Ver.di hat diesmal vor allem auf den Trick gesetzt, die Minderheit der Beschäftigten in Krankenhäusern besserzustellen gegenüber allen anderen, die Reallohnverlust erleiden werden.

Die Krankenhausbeschäftigten, die noch im öffentlichen Dienst arbeiten und für die der Tarif gilt, stellen übrigens auch nur die Minderheit der Gesamtbeschäftigten in diesem Sektor dar. Ver.di hat also als Preis für diese Abschlusskosmetik mit einer neuen Spaltungslinie bezahlt, mit einem hohen Frust bei der Masse der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und besonders bei denen, die an anderer Stelle im Gesundheitswesen arbeiten, zum Beispiel als Rettungssanitäter_Innen oder in den Gesundheitsämtern.

Es ist also ein Fehler für Linke, dies mit dem reinen Geldbeutelblick zu analysieren und als „gut für die einen, schlecht für die anderen“ zu befinden. Die Spaltung schwächt die gesamte Klasse, auch diejenigen, die noch ein paar Rosinen abbekommen. Sie ist vor allem schlecht in einer Zeit, in der die Klasse als Ganzes angegriffen wird und zwar nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch, wo dieser Angriff vom bürgerlichen Staat organisiert wird,

aber auch von rechten PopulistInnen. Heute, wo es so bitter nötig ist, dass wir die Perspektive „uns als Klasse gemeinsam gegen Kapital und Staat zu wehren“ gegen nationalistische und rassistische Demagogie verbreiten, sind der Reallohnverlust und die Entsolidarisierung durch diesen Tarifabschluss politisch verheerend. Sie stellen genauso eine Spaltung der Klasse dar wie die Standortpolitik der IG Metall, die die Beschäftigten dazu erzieht, ihre Interessen auf Kosten der Leiharbeiter_Innen und der Kolleg_Innen bei der Konkurrenz im eigenen Konzern, in anderen Unternehmen oder in anderen Ländern zu sichern.

Die Halbherzigkeit in der Analyse, das Bemühen, auch da noch Licht zu sehen, wo keines ist, fällt im Grunde auf die Strickmuster der Bürokratie für Tarifabschlüsse und zugleich auf deren ökonomistische, unpolitische Herangehensweise herein. Das wird dann auch bei Schlussfolgerungen deutlich, die von den meisten Linken gezogen werden. Fast alle weigern sich, eine Niederlage zu erkennen, wo sie stattfindet. Aber aus Niederlagen muss man lernen. Das gilt für Linke ebenso wie für gewerkschaftliche AktivistInnen und die große Masse.

Die entscheidende Antwort auf eine Führung, die bewusst Niederlagen organisiert, ist der Kampf für eine neue!

Kritik von links auf halbem Wege

Dies formuliert am klarsten die VKG: „Festzuhalten ist: Zu einem solch umfassenden Kampf war die Gewerkschaftsführung offenbar nicht bereit, einen solchen wagen sie seit langem nicht mehr zu führen. Und von der Basis her gab es die große Druckwelle nicht, die den Apparat in diese Richtung unter Druck gesetzt hätte. Dies hängt auch damit zusammen, dass auf gesamtgewerkschaftlicher Ebene eine sichtbare klassenkämpferische Strömung fehlt, die für Unentschlossene eine Orientierungshilfe oder Ermutigung hätte sein können. Diese gilt es aufzubauen.“ Leider scheut sich auch diese Erklärung, eine Niederlage als das zu bezeichnen, was sie ist. Unsere GenossInnen im Koordinationskreis der VKG sind hier in der Minderheit geblieben.

Auch die Sol, ebenfalls Teil der VKG, fordert in ihrer Erklärung: „Nun geht es darum, eine kämpferische Opposition innerhalb von ver.di aufzubauen, um zukünftig wirkliche Verbesserungen zu erreichen.“

Die SAV, obwohl auch Teil der VKG, kann sich in ihrer eigenen Erklärung nicht dazu entschließen, eine Opposition in den Gewerkschaften als Perspektive anzugeben. Sie beschränkt sich darauf, von der Gewerkschaftsführung den Bruch mit der Großen Koalition und der SPD zu fordern: „Für eine solche politische Kampagne muss sich die Gewerkschaftsführung aber mit den Parteien in der Großen Koalition im Bund anlegen, anstatt der SPD bei den Wahlen weiter die Treue zu halten.“

Ja, sie kritisiert die ver.di-Führung nur dafür, eine „Gelegenheit verpasst“ zu haben, „Kämpfe zusammenzuführen und die nötige gesellschaftliche Antwort in diesen Zeiten zu geben und den Widerstand aufzubauen.“ Ob Werneke für solche guten Ratschläge ein offenes Ohr hat?

Olaf Harms in der UZ beschreibt sehr richtig, was politisch nötig wäre: der Kampf gegen Fallpauschalen und Privatisierung sowie für Arbeitszeitverkürzung (AZV): „Es gilt nun nicht nachzulassen, den gestiegenen Kampfgeist auch angesichts der offensichtlichen Widersprüche in dieser Krise zu nutzen, weiter zu diskutieren und zu kämpfen: Für mehr Personal, kürzere Arbeitszeiten und bessere Arbeitsbedingungen. Eine Erhöhung des Personals in den Krankenhäusern ist entsprechend des tatsächlich vorhandenen Bedarfes mittels einer Personalbemessung notwendig. Mit den bestehenden Fallpauschalen ist das nicht zu machen – sie müssen weg. Nach der überfälligen Angleichung der Arbeitszeiten von Ost an West muss endlich die Forderung über eine grundlegende Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich verhandelt werden – 30 Stunden die Woche sind genug. Und es geht um den Kampf gegen Privatisierungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge.“

Aber er verschweigt, dass diese Forderungen und Ziele bewusst von der Führung aus dem Tarifikampf ausgeklammert worden waren: Die AZV war schon ein Beschluss des letzten Gewerkschaftstages. Dass die Privatisierung und die Fallpauschalen angegriffen werden sollten, dafür gab es Beschlüsse

vor der Tarifrunde. Die Frage nicht aufzuwerfen, warum die Bürokratie, das verhindern wollte und verhinderte, heißt letztlich, deren Politik abzudecken und den Basisaktivist_Innen zu raten, einfach tapfer weiterzukämpfen, so wie es auch die reformistischen Führer_Innen der Gewerkschaften immer nach Niederlagen tun.

Auch RIO greift in ihrer ersten Stellungnahme einen richtigen Ansatz auf: Sie schlägt vor, von der Basis her die Ablehnung des Tarifiergebnisses zu organisieren. „Das Verhandlungsergebnis muss von allen Beschäftigten abgestimmt werden und das Abstimmungsergebnis sollte mit einfacher Mehrheit für die Bundestarifkommission (BTK) und alle Gremien von ver.di bindend sein.“ In einem anderen Artikel wird gefordert: „Es braucht, besonders jetzt nach dem Tarifabschluss, demokratische Online-Versammlungen der Beschäftigten und ein Programm, um gewerkschaftlich Druck für weitere Kämpfe aufzubauen.“ Wie aber eine Bewegung der Basis in einer Organisation organisiert werden soll, deren Organisationsstrukturen von der Bürokratie beherrscht werden, sagt RIO nicht – auch wenn sie generell eine scharfe Kritikerin der Bürokratie ist. Der Aufbau einer klassenkämpferischen Basisbewegung kann aber nicht mit einer spontanen Bewegung von unten gleichgesetzt werden, insbesondere wenn jeder Spontaneismus von Corona gedämpft wird.

Bleiben noch die Stimmen aus dem postautonomen Spektrum. Im AK schrieben Daniel und Lisa (IL) noch vor dem Abschluss zu Recht, dass „es sich bei den aktuellen Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst um eine Schlüsselauseinandersetzung in den heraufziehenden Verteilungskämpfen um die Finanzierung der Krisenkosten handelt. Ihre politische Bedeutung geht jedoch über eine bloße Umverteilung von Geldern hinaus, denn diese Tarifrunde ist auch ein feministischer Kampf: Sie betrifft wichtige Bereiche des öffentlich verwalteten gesellschaftlichen Reproduktionssektors.“ Aber schon da verzichteten sie darauf, die Führung dieser Tarifrunde durch ver.di auch nur mit einem Wort an dieser politischen Erkenntnis zu messen. Vielmehr wird die Unverschämtheit der Arbeit„geber“_Innen beklagt und ver.di noch für den „Gesundheitstisch“ gelobt. Dabei war schon damals klar, dass dieser keineswegs die ursprünglichen, schon fallengelassenen

Forderungen nach Privatisierung, Abschaffung der Fallpauschalen, Personalbemessungsschlüssel verfolgen würde, sondern die Spaltung der ÖD-Belegschaften vorbereitete.

So fokussiert der Artikel auf die Bewusstseinsweiterung der Beschäftigten:

„Wir haben es den erfolgreichen Kämpfen der letzten Jahre zu verdanken, dass es überhaupt zu einem Konflikt kommt und ver.di eine Nullrunde – und damit den Einstieg in die nächste Runde Austeritätspolitik – nicht einfach akzeptiert. Auch dass der Widerspruch zwischen Dankbarkeit und materieller Anerkennung so deutlich zutage tritt, ist ein Erfolg der vergangenen Kämpfe von Krankenhausbeschäftigten. Es ist unsere Aufgabe als radikale Linke, genau in diese Widersprüche zu intervenieren und uns mit den Beschäftigten aktiv zu solidarisieren.“ Also ver.di ist irgendwie scheiße und hätte am liebsten 'ne Nullrunde akzeptiert, aber wir haben keine politische Kritik daran, solidarisieren uns mit den Beschäftigten, helfen ihnen aber nicht gegen die Bürokratie. Das ist eine „radikale Linke“ so recht nach dem Geschmack von Frank Werneke.

Ähnlich die RAS aus Stuttgart. Ihre Unterorganisation „Solidarität und Klassenkampf“ benennt in ihrer Analyse viele der Schwachstellen des Ergebnisses und geht von einer starken Ablehnung dessen aus: „Deshalb fordern wir auch alle Beschäftigten auf, bleibt ver.di Mitglieder! Nichts wäre falscher, als auszutreten und unsere Kampfkraft zu schwächen.“ (<https://solidaritaet-und-klassenkampf.org/2020/10/ein-respektables-ergebnis-oder/>) Aber der Vorwurf der Schwächung wird keineswegs an die Führung gerichtet und es wird auch kein Kampf gegen diese propagiert jenseits dessen, das Ergebnis in Abstimmungen abzulehnen.

Das Fehlen einer expliziten Kritik am Vorgehen des Apparates in Verbindung mit der Perspektive, dass die Beteiligung an den Streiks nur größer werden müsste, um mehr Druck auf die Arbeit „geber“_Innenseite aufzubauen, um ein besseres Ergebnis zu erzielen, bedeutet: Es wird letztlich die Schuld der Gewerkschaftsbasis in die Schuhe geschoben, die halt noch nicht so weit sei.

Stattdessen sollen die Unzufriedenen für den Sozialismus kämpfen: „Wir

wollen aber mehr als die Gewerkschaften. Uns geht es nicht nur um ein paar Prozente mehr oder weniger, sondern um ein grundlegend anderes System.“ Der Weg dahin ist natürlich „lang“. Deshalb tut es auch den reformistischen Bürokrat_Innen nicht weh, wenn die Genoss_Innen der RAS ihnen heute brav keine Steine in den Weg legen.

Hoher Aktivismus, wie ihn die RAS und ihr Umfeld an den Tag legen, ist gut. Aber er ist kein Mittel um die rechten, prokapitalistischen Positionen des Gewerkschaftsapparats zu bekämpfen. Einflussnahme der Basis, wie sie RIO propagiert, ist nötig im Kampf gegen die Bürokratie, aber sie braucht noch Organisation unabhängig von jener und ein entsprechendes politisches Kampfprogramm. Die VKG und die darin aktiven Gruppen haben den Schritt gemacht, die aktuellen Kämpfe mit dem permanenten Eintreten für den Aufbau einer antibürokratischen Opposition in den Gewerkschaften zu verbinden.

Es sind Auseinandersetzungen wie dieser Tarifikampf, die aufzeigen, was das Ziel einer solchen Opposition sein muss: Eine Verankerung in den Betrieben aufzubauen und eine Struktur, die das Monopol der Bürokratie in der Propaganda und der Aktion durchbrechen kann: eine klassenkämpferische Basisbewegung.

Wir wenden uns an alle kritischen und unzufriedenen Kolleg_Innen genauso wie an die Organisationen der radikalen Linken, die diesen Abschluss kritisch bewerten: Zieht die entscheidende Konsequenz aus dieser Niederlage: Bauen wir gemeinsam die VKG auf, bündeln wir unsere Kräfte gegen die Bürokratie und führen wir eine solidarische Debatte, um unsere Differenzen zu klären!

Schulen sicher oder Schulen zu!

**+++ Demo am Sonntag, den 22.11. in Berlin, 14 Uhr Alexanderplatz
(an der Weltzeituhr) !!!! +++**

Alles, was ihr über die beschissene Corona-Situation an unseren Schulen wissen müsst und was wir zusammen dagegen tun können:

Mit der vielfach höheren Zahl an Neuinfektionen, als noch im Frühling (3-Fach am 21.10.) ist eingetreten, was von den meisten erwartet wurde: Die Zweite Welle der Pandemie schlägt ein und das deutlich härter als die Erste. Die Notwendigkeit erneuter Schutzmaßnahmen ist unbestreitbar. Doch anders als beim ersten Mal, wird jetzt vor allem unsere Freizeit eingeschränkt. Betriebe werden nur dort geschlossen, wo Menschen ihre Freizeit verbringen und Schulen sollen ganz offen bleiben. Dafür gibt es Kontaktbeschränkungen und die Streichung aller Veranstaltungen, Kulturangebote und des gemeinsamen Sports. Die Lage ist absurd, besonders wenn man sich vor Augen hält, dass es nun völlig ok ist mit bis zu 30 Leuten in einem Klassenraum zu sitzen, aber ein schwerer Verstoß, wenn man sich zu dritt vor dem Schultor trifft. Ebenso paradox ist, dass die Partys „feierwütiger“ Jugendlicher als massiver Ansteckungsherd gebrandmarkt werden und gleichzeitig der gemeinsame Aufenthalt im Klassenraum für dieselben Leute nur eine minimale Infektionsgefahr haben soll. Der Lockdown-„light“ enttarnt sich so als reiner Freizeit-Lockdown, in welchem wir durch den Verzicht auf soziale Interaktion, sowohl Corona bekämpfen, als auch den Verwertungsdrang von Wirtschaft und Schulsystem befriedigen sollen.

Der erste Lockdown hat jedoch deutlich gezeigt, dass eine Schulschließung allein keine Antwort ist. Soziale Ungleichheiten trafen Schüler_Innen mehr denn je und es gab einen massiven Anstieg häuslicher Gewalt. Viele Schüler_Innen verfügen nicht über Endgeräte, eine ausreichende Internetverbindung oder die Möglichkeit zu Hause in Ruhe zu lernen. Dieser Missstand wurde höchstens durch die Vergabe einzelner Tablets angegangen, aber das ist kaum ein Tropfen auf dem heißen Stein. Auch die eigentliche Notwendigkeit, die Schulen auf einen Unterricht unter Wahrung von ausreichenden Hygienemaßnahmen vorzubereiten, wurde weder während der Schulschließung, noch danach erfüllt. So war bereits der erste Lockdown ein Einschreiten gegen das unmittelbare Problem, doch völlig blind für die Aufgaben der Zukunft und diejenigen, die dabei auf der Strecke

blieben.

Ob unsere Schulen geschlossen werden oder nicht ist eine Entscheidung, die sich nach unseren Bedürfnissen richten muss und nicht den Interessen der Wirtschaft. Die Unternehmer_innen wollen jedoch, dass wir aus dem Haus sind, damit unsere Eltern für ihre Profite schuften können. Gleichzeitig wollen sie, dass wir schön brav unsere Prüfungen schreiben, damit es viele neue qualifizierte Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt gibt. Die Gefährdung in Schulen und Kitas wird deshalb systematisch kleingeredet. Aber wir sagen: Unsere Gesundheit geht vor ihre Profite! Es darf deshalb nicht in Lobbygruppen und Bildungsausschüssen entschieden werden, welche Schule geschlossen werden. Wir selber können darüber am besten entscheiden. Wir fordern demokratische Krisenkomitees aus Schüler_innen, Eltern, Lehrer_innen und Virolog_innen, die zusammen entscheiden, ob eine Schule geschlossen wird, die zusammen Hygienebestimmungen festlegen und diese kontrollieren!

Zusammen mit den Lehrer_innen? Ja, genau das. Mit kranken Lehrer_innen gibt's auch keine Bildung. Gerade unsere Lehrer_innen sind einem zusätzlichen Infektionsrisiko ausgesetzt, da sie mit viel mehr Personen in der Schule Kontakt haben. Sie werden dabei allein gelassen, die Bildungsangebote an die neue Situation anzupassen und müssen das auch noch unbezahlt in ihrer Freizeit tun. Ihre demokratisch gewählten Interessenvertretungen, die Personalräte, wurden außerdem bei den Beschlüssen zu Krisenmaßnahmen einfach übergangen. Die Gewerkschaft der Lehrer_innen, die GEW, hat viel richtige Kritik an der aktuellen Situation und zum Teil auch gute Forderungen. Leider macht sie nur nichts dafür, um diese auch umzusetzen. Eine Gewerkschaft muss ihre Mitglieder mobilisieren, Personalversammlungen einberufen, über die Forderungen demokratisch diskutieren und streiken, wenn sie was erreichen will. Wir müssen deshalb zusammen mit unseren Lehrer_innen der GEW in den Arsch treten, damit endlich was passiert.

Wir müssen gemeinsam einen Weg durch die Pandemie finden, der es allen ermöglicht, sinnvoll am Unterricht teilzunehmen, ohne dabei benachteiligt zu werden und ohne die eigene Gesundheit oder die Nahestehender zu

gefährden. Auch wollen wir nicht die Sündenböcke einer Politik sein, die es nicht schafft, einen angemessenen Umgang mit der Pandemie zu finden. Weder werden wir als Grund für die Verbreitung des Virus herhalten noch hinnehmen, dass das Bildungssystem weiter todgespart wird. Deswegen stehen wir ein für:

Mehr Unterrichtsräume! Sei es durch Neubau oder die Beschlagnahme von leerstehenden Gebäuden! Es war auch schon vor der Pandemie nicht ausreichend Platz vorhanden.

Mehr Personal! Sowohl neue Lehrer_Innen, Sozialarbeiter_Innen, pädagogische Assistenzkräfte, Sonderpädagog_innen, als auch Personal in der Verwaltung und Instandhaltung müssen neu eingestellt werden!

Deutlich kleinere Klassen! Nicht mehr als 12 Schüler_innen sollen gleichzeitig unterrichtet werden! Alles andere ist aus pädagogischer und gesundheitlicher Sicht zu viel! - Freistellung ohne Diskussion! Es muss in allen Bundesländern die Möglichkeit geben, sich ohne Attest freizustellen!

Kostenlose Schnelltest, FFP3-Masken und Desinfektionsmittel! Niemand soll Angst haben müssen, sich selbst, Verwandte oder geliebte Personen anzustecken! - Kostenlose Lernmittel und Endgeräte für alle, die von zuhause am Unterricht teilnehmen. Ebenso müssen Ausweich-Räumlichkeiten und betreuende Pädagog_innen bereitgestellt werden!

Aussetzung aller Prüfungen für dieses Schulhalbjahr! Lernen in der Pandemie darf für niemanden einen langfristigen Nachteil in der Schullaufbahn bedeuten! - Die Reduzierung des Rahmenlehrplans!, gemeinsam kontrolliert durch Lehrer_Innen, Schüler_Innen und Eltern.

Wir betrachten unseren Kampf in der Schule nicht isoliert von anderen Kämpfen. Wir stehen ebenso ein, für die Tarfkämpfe und Rechte der Arbeiter_Innen. So wie wir das Versagen der Politik in der Schule zu spüren bekommen, müssen es unsere Eltern von Politik und Gewerkschaften ertragen. Genauso wollen wir gemeinsam mit den Auszubildenden in den Betrieben kämpfen und stehen daher außerdem ein für:

- die massive Investition in Bildungs- Gesundheit- und Sozialwesen. Statt Konzernen müssen Menschen und ihre Zukunft gerettet werden!
- die Fortsetzung aller Tarifkämpfe, wenn nötig durch Streiks, bis ein angemessenes Ergebnis erkämpft wurde, mit dem nicht nur Gewerkschaftsführung und Konzerne zufrieden sind!
- die Übernahme aller Auszubildenden und die Schaffung neuer Ausbildungsplätze! - die Streichung aller Mietschulden und die Bereitstellung von Wohnraum zum Selbstkostenpreis!

Alle diese Maßnahmen werden nicht vom Himmel fallen, sie kosten natürlich erst einmal Geld. Dieses sollte von denen genommen werden, die Verantwortlich für die Krise sind oder sogar davon profitieren. So konnten Softwarefirmen, Biotech-Unternehmen oder Amazon dank der Pandemie Rekordumsätze machen. Neben denen, die sich mit der Krise die Taschen voll machen, sollen auch die zahlen, die für den Ausbruch der Pandemie verantwortlich sind. Zum Beispiel begünstigt die industrielle Massentierhaltung die Entwicklung von Krankheiten durch die Lebensbedingungen der Tiere enorm. Nahrung muss dagegen entsprechend den Bedürfnissen von Mensch und Natur produziert werden, nicht für Profit. Statt in private Taschen zu fließen, müssen Gewinne verwendet werden, um allen einen sicheren Weg durch Pandemie und Wirtschaftskrise zu ermöglichen. Der Kampf gegen die Pandemie muss auch ein Kampf für ein gerechtes Gesundheitssystem sein. Pharmakonzerne und Krankenhäuser gehören in die öffentliche Hand gestellt. Die Kontrolle über diese Maßnahmen dürfen nicht die Chefs und Firmeninhaber_Innen ausüben, deren einziges Interesse die Profitmaximierung ist. Die Beschäftigten vor Ort müssen bestimmen, was wie und unter welchen Sicherheitsmaßnahmen produziert wird. Lasst uns gemeinsam für eine linke Antwort auf die Pandemie kämpfen und das nicht den Rechten überlassen! Auch durch Demonstrationen und Streiks, denn solange wir noch in der Schule sein können, solange können wir auch noch demonstrieren!

Kampf dem antimuslimischen Rassismus! Wir lassen uns nicht durch Terror spalten!

REVOLUTION Austria, 9. November 2020

Der Terroranschlag vom 2. November war und ist weiterhin ein großer Schock für uns alle. Unsere volle Solidarität und Anteilnahme gelten den Betroffenen und Angehörigen. Gleichzeitig müssen wir auch leider feststellen, dass das politische Klima seither gerade für Muslim_Innen bzw. jene die als solche wahrgenommen werden äußerst beängstigend geworden ist. Ob auf der Straße, auf sozialen Netzwerken oder in den politischen Antworten der Regierungsparteien – überall ist zu sehen, wie Hass und Hetze sowohl unterschwellig als auch in ganz offener Form zunehmen. Daher legen wir den folgenden Artikel aus dem vergangenen Jahr in einer aktualisierten Fassung neu auf. Wir lassen uns durch den Terror weder spalten noch einschüchtern – der Kampf gegen Terrorismus muss mit dem antirassistischen Kampf Hand in Hand gehen.

Der antimuslimische Rassismus erlebt seit Jahren einen enormen gesellschaftlichen Aufschwung. Es ist auch längst kein Problem mehr, das sich auf rechte bis rechtsradikale Fanatiker_Innen beschränkt, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem, das die sogenannte politische Mitte ebenso betrifft, und selbst in linken Spektren ein großes Problem darstellt. Mittlerweile sind wir an einem Punkt, an dem rassistische Übergriffe gegen Muslim_Innen und im Speziellen gegen muslimische Frauen, zur tagtäglichen Realität geworden sind. Vor allem jetzt nach dem Anschlag fluten schockierende Berichte über ekelhafte Angriffe und Diskriminierung die sozialen Netzwerke. Von tätlichen Angriffen, Beschimpfungen auf offener Straße, bis hin zu Schweinekadavern die an Orten hinterlassen werden, wo

Muslim_Innen sich befinden ist alles mit dabei. In Kärnten zwang sogar eine Lehrkraft eine muslimische Schülerin ein Referat über Terrorismus zu halten und sich dabei ausdrücklich davon zu distanzieren, so als ob sie dafür verantwortlich wäre. Das ist rassistisch, ekelhaft und psychischer Terror. Die Situation war davor ohnehin schon nicht einfach. Das hat auch der 2019 veröffentlichte Report der Dokumentations- und Beratungsstelle Islamfeindlichkeit und antimuslimischer Rassismus deutlich belegt: Von 2017 auf 2018 gab es einen Anstieg von 74% (!) der dokumentierten rassistischen Vorfälle und ganze 83% richteten sich gegen Frauen. Doch woher kommt der antimuslimische Rassismus? Was sind seine besonderen Qualitäten?

Der

moderne antimuslimische Rassismus ist ein relativ neues Phänomen. Zugleich wurzeln viele der heute präsenten Bilder jahrhundertlang in die europäische Geschichte zurück. Darstellungen des sogenannten Orients als primitiv, rückständig und despotisch im Vergleich zum modernen und aufgeklärten Westen oder das in Europa verbreitete Schreckbild des expandierenden Osmanischen Reiches als Bedrohung des christlichen Abendlands haben eine lange Geschichte und werden im modernen antimuslimischen Rassismus oftmals wieder aufgegriffen und auf die „Rasse“, „Natur“ oder „Kultur“ der Betroffenen zurückgeführt.

Mit dem „Krieg gegen den Terror“ ab Anfang des Jahrtausends wurden in Europa alte Feindbilder wie Rassismus gegen Osteuropäer_Innen oder Jüd_Innen vermehrt durch einen Rassismus gegen Muslim_Innen abgelöst. Rassismus selbst hat seinen Ursprung im Kolonialismus des 19. Jahrhunderts in dem weiße Europäer_Innen den „unterentwickelten Völkern“ vermeintlich Kultur und Zivilisation bringen würden. Natürlich ging es aber darum die brutale Ausbeutung und Versklavung sowie die hierarchische Überlegenheit zu legitimieren und zu festigen. Dabei hatte auch der antimuslimische Rassismus im Zuge der Kolonisierung der islamischen Welt seine Funktion als Rechtfertigungsideologie zu erfüllen. Ein angeblich seit Jahrhunderten existierender Kulturkampf wie er teilweise von Rechten wie u.a. den Identitären oder dem Christchurch-Attentäter beschworen wird, ist reine Fiktion. Willkürlich werden geschichtliche Ereignisse wie die

Türkenbelagerungen oder die Reconquista zu einem geschichtlichen Motiv vermischt. Mit historischer Realität hat das wenig zu tun. Die allermeisten und auch die blutigsten Kriege wurde nämlich nicht zwischen Europa und dem Islam ausgefochten, sondern zwischen den diversen europäischen Mächten.

Die Gefahr einer angeblichen ständigen Bedrohung einer Invasion oder Umvolkung ist nicht ohne Grund auch ein Bild das häufig von rechten, wie der FPÖ, AfD, Identitären etc. quasi in einer Dauerschleife gebracht wird. Dabei spielt die tatsächliche Religionszugehörigkeit oder -ausübung keine Rolle. Die Betroffenen werden als homogene Masse bzw. als „Rasse“ wahrgenommen. Um ihren Rassismus zu verschleiern versteckt man sich dann oft hinter kulturalistischen Verklärungen, die dann von deren Werten, Bräuche, Traditionen etc. sprechen, wo jedoch klar ist, dass die Begriffe nur den verpönten Rassebegriff ersetzen. Rassistische Übergriffe werden auch so gut wie nie als solche behandelt, sondern unter dem Deckmantel der Fremdenfeindlichkeit verharmlost. Nun ist es aber so, dass nur bestimmte „Fremde“ angegriffen werden. Weiße Europäer_Innen mit anderen Staatsbürger_Innenschaften sind nicht Ziel von Übergriffen; der Begriff Fremdenfeindlichkeit verschleiert echten Rassismus. Gerade in Bezug auf Religion wird auch oft das Argument gebracht, dass man nicht von Rassismus sprechen könne, weil Religion eine individuelle Entscheidung bzw. keine biologische Tatsache ist. Das Individuum und sein Verhalten spielt aber kaum eine Rolle. Betroffene werden auf Basis rassistischer Kategorien (Aussehen, Kleidung, Sprache etc.) als solche wahrgenommen und diskriminiert, unabhängig davon ob und wie religiös sie nun tatsächlich sind. Bei Übergriffen werden die Betroffenen ja auch nicht im Vorhinein gefragt wie sie es nun mit der Religion halten würden. Das öffentliche Ausleben der Religion bzw. das Tragen religiös konnotierter Kleidung erhöht jedoch beträchtlich die Gefahr rassistisch angegriffen zu werden und führt zu einer Situation in der Betroffene oftmals sich nicht mehr trauen in die Öffentlichkeit zu treten, wie auch die Gegenwart gerade auf erschreckende Art und Weise zeigt.

Eine Besonderheit des antimuslimischen Rassismus ist die Verschränkung

mit dem Terror. Insbesondere seit 9/11 kann man einen qualitativen Umbruch beobachten. Sicherheitspolitik, Verschärfungen im Flugverkehr etc. wurden stets mit einer „islam(isti)schen Gefahr“ in Verbindung gebracht. Durch die ständige mediale Verschränkung, dem sog. Framing, wurde ein Bild geprägt, das den Islam als „böse Terrorreligion“ darstellt, und Betroffene unter den Generalverdacht, Terrorist_Innen zu sein, stellt. Letztes Jahr sprach die FPÖ unter ihrem damaligen Parteichef H.C. Strache bspw. davon, dass es in Wien „150 islamische Kindergärten, wo mit Hasspredigten die Kinder zu Märtyrern erzogen werden sollen“ gäbe.

Es ist unglaublich frustrierend mitzuverfolgen, wie auch aktuell viele Muslim_Innen sich in der Rolle sehen sich für diesen Anschlag entschuldigen zu müssen oder überhaupt erst bezeugen zu müssen, dass man diesen Terror ablehnt. Der Anschlag galt uns allen, und trotzdem attackierten viele Menschen Muslim_Innen, die ihre Anteilnahme, Trauer oder Angst ausdrückten. Schlimmer noch nutzen gerade Rechte wie die FPÖ oder die Identitären den Anschlag um ihre rassistische Propaganda zu befeuern.

Die zutiefst rassistischen und reaktionären Antworten auf solche Anschläge verschleiern zudem das Muslim_Innen selbst am allermeisten betroffen sind von extremistischen Terror. Von 2001 bis 2014 sind in Westeuropa 420 Menschen durch Terror gestorben. Allein im Irak sind in demselben Zeitraum 42.759 Menschen wegen Anschlägen gestorben. In Afghanistan waren es 16.888, in Pakistan 13.524, in Nigeria 11.997 – die Zahlen zeigen eindeutig: Weder ist es so, dass der „islamistische“ Terror die größte Gefahr Europas sei (es ist statistisch um einiges wahrscheinlicher in einen tödlichen Autounfall zu geraten als durch einen Terroranschlag zu sterben), noch ist es so, dass es ein Kampf zwischen dem „Islamismus“ und dem Westen ist. So fand auch am selben Tag in Afghanistan ein widerwärtiger Terroranschlag auf dem Gelände der Universität Kabul statt, bei dem über 35 Menschen ums Leben gekommen sind.

Sicherlich mögen Zahlen, Vergleiche und Wahrscheinlichkeiten den Betroffenen hier aktuell wenig bringen, doch eins ist klar: Wir dürfen uns jetzt nicht spalten lassen, denn das spielt dem IS in die Hände und schafft nur noch mehr Nährboden für seine Ideologie. Der

Anschlag hat Menschen das Leben gekostet, viele traumatisiert und ein Klima von Angst und Verunsicherung geschaffen. Die Frage nach den Ursprüngen von Terroranschlägen und wieso nach außen hin diese scheinbar fast immer im Namen des Islams ausgeübt werden, beschäftigt gerade viele. Dem müssen wir zweierlei entgegenen.

Erstens liegens die Ursprünge von Terrororganisationen und Netzwerken wie Al-Qaida oder dem IS in Ländern wie dem Irak, Afghanistan, Syrien etc. also allesamt Regionen die durch jahrelange imperialistische Kriege (man denke bspw. an den Irak-Krieg wo es primär um geopolitische sowie US-amerikanische Erdölinteressen ging) nahezu komplett zerstört und zerbombt wurden und Generationen an Menschen hinterließen, die jegliche Perspektive verloren haben. Die desaströse politische, wirtschaftliche und soziale Lebensrealität der Betroffenen bietet einen Nährboden, unter dem sich Menschen schnell radikalisiert lassen, den Terrorist_Innen auch bewusst ausnutzen. Ihre Ideologie gibt solchen Menschen vermeintliche Erklärungen für die Zustände unter denen sie leben müssen und eine übergeordnete Identifikation mit einem höheren Ziel dem sie ihr Leben nun wieder verschreiben können. Der absolute Großteil der in diesen Regionen ansässigen Zivilbevölkerung lehnt aber diese Netzwerke und Organisationen komplett ab, da sie die Länder genauso mit Terror, Tod und Schrecken übersäen.

Zweitens mag nach außen die Ideologie des IS, der Dschihadismus, sich zwar als Religion präsentieren, doch hier muss in aller Klarheit gesagt werden, dass es sich nur um einen Deckmantel handelt. Es geht hier um beinharte politische Machtansprüche und ideologische Kämpfe. Viel eher muss man sagen, dass der Dschihadismus den Islam, so wie er von Muslim_Innen weltweit ausgeübt wird, eigentlich fast gänzlich ablehnt. In vielen ideologischen Schriften sehen sie Muslim_Innen, als die weitaus schlimmeren Feinde als bloße „Ungläubige“. Sie gelten als Verräter an der Sache, Sünder und als ideologische Gefahr, zumal die meisten offiziellen islamischen Institutionen und Glaubensgemeinschaften allesamt den Dschihadismus verurteilen.

Das

Religionen als Vehikel für politischer Machtkämpfe genutzt werden, ist auch keine Neuheit in der Menschheitsgeschichte. Gerade das Christentum hat eine lange Geschichte von Kreuzzügen, und kriegerischen Auseinandersetzungen – der dreißigjährige Krieg oder auch in jüngerer Geschichte der Nordirlandkonflikt können hierfür als Beispiele dienen. Auch die Methode des Terrors ist keine Eigenheit des Dschihadismus. In der Region um Uganda verübt die „Lord's Resistance Army“ seit den 80ern regelmäßig Terroranschläge mit dem Ziel einen christlichen Gottesstaat zu etablieren. In den 90ern machte eine in Asien ansässige religiöse Gruppe, die dem Shintoismus-Buddhismus zuzuordnen ist, durch Giftgasanschläge in Tokyo auf sich aufmerksam. Der seit Jahren fortlaufende Rechtsruck in Europa hat auch hier zugeführt, dass es zu mehr rechtsradikalen Terroranschlägen (wie in Utöya, Christchurch oder Hanau) kam – die Täter sprachen in ihren Manifesten auch stets davon, das christliche Abendland retten zu müssen.

Um es nochmal zu betonen, die inhaltliche Qualität von Religionen spielt dabei kaum eine Rolle für den Terrorismus, da sie primär politische Ideologien sind, die Religionen als Deckmantel und Projektionsfläche nutzen. Unsere Aufgabe muss sein solidarisch gegen religiösen Terror zu kämpfen und die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme anzusprechen, die dahinterstecken. Ein konsequenter Kampf gegen den Terror kann daher auch nur internationalistischer und vor allem antiimperialistischer Kampf sein!

Zurück zum antimuslimischen Rassismus, denn eine weitere Besonderheit sieht man bei dem Vergleich mit rechtsradikalen Terroranschlägen. Während bei jedem „islamistischen“ Terroranschlag die Täter_Innen als diabolische Märtyrer_Innen bezeichnet, alle rassistischen Klischees ausgepackt und wiederum die größte Gefahr für Europa beschworen wird, wird bei rechtsradikalen Anschlägen ungemein verharmlost und psychologisiert. Rechtsradikale Anschläge, wie der des Attentäters von Christchurch, der bei einem Angriff auf zwei Moscheen 50 Menschen tötete, werden als individuelle Tragödien dargestellt. Die Taten werden entpolitisiert, und mehr

als Ergebnis psychologischer Probleme verklärt. In der Berichterstattung wird nach der Kindheit, der Lebensgeschichte etc. gefragt und es entsteht letztlich der Eindruck, dass solche Täter_Innen bemitleidenswerte Opfer der Gesellschaft wären. Es passt nun mal nicht in das jahrelang von Medien und Politiker_Innen geschaffene Bild des „islamistischen“ Terrors, dass auch rechtsradikale und christlich geprägte Menschen Terroranschläge ausüben. Das Leid der wahren Betroffenen geht dabei komplett unter. Die Message ist klar: Die Betroffenen sind weniger wert, ihr Leid unwichtiger, weil sie nun mal nicht zu dem völkisch bzw. rassistisch gedachten „uns“ gehören. Außerdem wird die Gefahr des Faschismus deutlich und bewusst verklärt, der deutliche Anstieg verschwiegen und der politische Kontext des internationalen Rechtsrucks verschleiert.

Antimuslimischer

Rassismus, ob in Österreich oder anderswo, muss bekämpft werden – gemeinsam, solidarisch und internationalistisch. Wir dürfen uns nicht in rassistische, völkische oder nationalistische Kategorien spalten lassen – auch jetzt angesichts des Terroranschlags erst recht nicht – und müssen stattdessen aufzeigen, dass die sozialen und ökonomischen Probleme in unserer Klassengesellschaft wurzeln. Wir müssen an den Orten wo wir uns befinden, egal ob Schule, Uni oder Arbeit uns organisieren und dürfen zugleich den internationalen Rechtsruck und die rassistischen Angriffe nicht mehr so einfach hinnehmen. Antirassistisch zu sein, bedeutet auch konsequent Widerstand zu leisten und dem antimuslimischen Rassismus den Kampf anzusagen!

Wahlen in den USA: Der

Brandstifter unterliegt, doch das Feuer ist nicht gelöscht!

Resa Ludvin

Stand 08.11.2020

Die Mauer kam nicht, zumindest nicht so wie angekündigt. Dennoch starben tausende Menschen an der amerikanischen Migrationspolitik und die Mauern innerhalb der USA wurden immer höher- wirtschaftliche Isolation, Ausstieg aus internationalen Verträgen, Staatsstreiche, Kriegsverbrechen und anstehende Kriege.

Eigentlich nichts

Neues. Ebenso wenig, dass es die republikanischen Wähler_Innen nicht interessiert, was ihr despotischer Kandidat nun als nächstes plant oder welche Fake News Trump beim morgendlichem „Twitter“-Klogang ablassen wird. Dennoch haben ihn 47,7% gewählt. Und auch die Inszenierung Joe Bidens als Heilsbringer, nicht nur von Trump-Gegner_Innen, sondern auch Linken und Aktivist_Innen in den USA, kann nicht über die desaströse Lage des Landes hinwegtäuschen. In der Geschichte kamen und gingen Großmächte. Die USA brennt und ist dennoch internationaler Brandstifter.

Was die Wahl nun

für die zerfallende Großmacht, die arbeitende Klasse und die internationale Politik bedeutet, wollen wir hier beleuchten. Ebenso die Frage, welche Rolle der vorherige und nächste Präsident spielt.

Trumps Bilanz:

Krieg, Putsch, Morde, Sprengung internationaler Normen

„Mother of all

bombs“ in Afghanistan, Putschversuch in Venezuela, Hassliebe mit

Putin, Ermordung eines Generals im Iran, Anfachen des Nahost-Konflikts, Drohgebärden gegen Peking und Pjöngjang. Wäre der internationale Fokus durch Corona nicht verschoben worden, so wäre 2020 wohl auch ein Jahr mit Phasen heißen und kalten Krieges geworden. Insgesamt hat Trump den Sprung auf eine neue Eskalationsstufe innerhalb der Neuaufteilung der Welt eröffnet. Wo in den westlichen Ländern gezittert wird, er könne nach dem Austritt aus dem Pariser Klimaabkommen auch noch aus der NATO oder anderen internationalen Bündnissen austreten, hat er weite Teile der Welt bereits in eine reale Angst vor Krieg versetzt.

Warum sich

niemand mit ihnen anlegt? Weiterhin bleiben die USA eine der größten Militärmächte und natürlich wollen auch wirtschaftliche Beziehungen gerettet werden, sofern das möglich ist. Gerade für die kleine imperialistische EU wäre ein zu offensiver Angriff eine lose-lose Situation. Lediglich China könnte einen Angriff wagen, was aber zu einer Konfrontation von internationalem Ausmaß führen würde.

Auch im Inland

sieht es nicht viel besser aus. Die USA sind eines der am schwersten von der Coronakrise getroffenen Länder. Millionen Infizierte und über 200.000 Tote. Kein Wunder in einem Gesundheitssystem, das sich ein bedeutender Teil der Bevölkerung nicht leisten kann. Ebenso nicht verwunderlich, dass es nicht Leute wie Trump sind, die an dem Virus sterben, ihre Jobs und somit ihre Lebensgrundlage verlieren. Es sind Arbeiter_Innen. Genauer gesagt migrantische und afro-amerikanische Arbeiter_Innen.

Die prekäre Lage

von Migrant_Innen und nichtweißen Menschen ist nicht zuletzt der rassistischen Politik geschuldet. Die rassistische Spaltung in den USA ist größer denn je, sei es im Gesundheits- oder Wahlsystem, in denen gerade Afrokamerikaner_Innen, aber auch die meisten anderen Minderheiten benachteiligt werden. Sei es die voranschreitende

Polarisierung in den USA, die mitunter zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen geführt hat oder bewaffnete Straßenschlachten mit einem großen Vorsprung für Rechte, da sie einfacher an Waffen kommen und die Polizei schaut am Rand zu. In der Kombination mit Trumps Protestpolitik im Inland hat er den Krieg, den die USA seit Jahrzehnten im Ausland führen, zurück nachhause gebracht.

Rechte,

Erzkonservative und Evangelikale geben in der US-amerikanischen Politik den Ton an. Egal ob an den Außengrenzen oder wenn es darum geht, Wahlgeschenke strategisch zu verteilen. Und das kam nicht erst mit dem Einzug Donald Trumps ins Weiße Haus. Zusammengefasst und einfach verständlich wurde das durch Trump unter dem Slogan „Make America Great Again“. Jedoch sollte dies nur bei weißen Amerikaner_Innen aus der absteigenden Mittelschicht und aus bestimmten Teilen der Arbeiter_Innenklasse Stimmen fangen.

Doch trotz des

Versprechens, den USA wieder eine blühende Wirtschaftslandschaft zu bescheren, verfallen Industriestandorte wie Michigan oder Ohio weiter. Denn viele der geschlossenen Stahlwerke, Fabriken usw. waren natürlich kein Resultat der Regierung Obamas, sondern eines Rationalisierungsprozesses. Wenn Betriebe nicht mehr ausreichend Profit machen, Technologie veraltet ist oder Innovationen zu teuer sind, werden sie eben dicht gemacht. Trumps Antwort in einigen Gebieten: Stärkt das Fracking, stärkt die Region. Doch das bringt einem_einer ehemaligen Stahlarbeiter_In wenig, wenn es keine Umschulungen gibt. Kein Wunder also, dass sich an der Massenarbeitslosigkeit unter Trump nicht viel geändert hat, nicht viel ändern konnte.

Wäre all das

nicht schon genug, interessiert es Trump nicht im Geringsten, dass die Westküste der USA monatelang brennt und beschuldigt die lokale Bevölkerung dafür verantwortlich zu sein. Der gleiche Präsident, der Umweltschutzgebiete verkleinert und die Arbeit der Umweltbehörde

immer weiter einschränkt hat, weil sie lukrativem Fracking im Weg steht. Wäre die Umwelt mal ein Sturmgewehr, dann hätte sie auch eine Lobby.

Genaueres zur

Lage in der USA findet ihr hier:

<http://onesolutionrevolution.de/what-the-fuck-is-wrong-in-the-usa/>

„Demokratie“

als Staatsform in Gefahr?

Sieht man mal

davon ab, dass Trump wohl jener US-amerikanische Präsident ist, der die meisten Verfahren gegen sich hatte- Amtsenthebungsverfahren, Verdacht der Wahlmanipulation sowie nicht gezahlte Steuern- ist seine Präsidentschaft, zumindest in den Augen seiner vielen Anhänger_Innen, erfolgreich. Uns als Revolutionär_Innen zeigt er aber vor allem, was für ein zweischneidiges Schwert die bürgerliche Demokratie ist. Einerseits zeigt sich wie undemokratisch das US-System auch unter bürgerlichen Maßstäben ist, da der Präsident a la „L’etat c’est moi“ („Der Staat bin ich“) regieren kann. Andererseits ist auch der Erfolg von Fake-News als Ausdruck der Krise zu nennen. Die Wahl war noch gar nicht angelaufen, unwichtig, einfach mal schon präventiv behaupten, die Wahl wäre manipuliert. Und jetzt, da auch die Ergebnisse wirklich gegen Trump sprechen, wird diese Behauptung mit allerlei fadenscheinigen Behauptungen untermauert und mit rechtlichen Schritten gedroht. Ob und wer wählt, scheint also ein für alle Mal egal.

Auch Trumps

eindeutig zweideutigen Ansprachen an die rechten Bewegungen Alt-Right, QAnon oder „proud boys“ zeigt, wie offen er sich bezüglich Rechtsextremen zeigt und dass viele seiner Wähler_Innen darüber hinwegsehen. Das An-der-Macht-Bleiben des Oligarchen steht im Mittelpunkt. Und wenn es Trump Senior nicht mehr macht, haben sich in letzter Zeit auch seine Kinder immer weiter in den Vordergrund

gedrängt. Eine Abwahl Donald Trumps, sofern sie überhaupt akzeptiert wird, bedeutet also nicht zwangsläufig eine dauerhafte Abwahl der Agenda Trumps.

Nach 4 Jahren

Trump ist offensichtlich, was für Revolutionär_Innen vorher schon klar war: Die bürgerliche Demokratie taugt nichts. Trump hat lediglich sämtliche Ideale dieser bürgerlichen Demokratie vorgeführt und uns auch gezeigt, dass in einem vermeintlich „westlich, demokratischen Partner“ alles so gedreht werden kann, wie es einem selbst gerade passt. Sie ist somit, was sie immer war: eine „Demokratie“ herrschender Interessen. Die Situation der Arbeiter_Innenklasse hat sich nicht verbessert. Der einzige Unterschied zum vorherigen Präsidenten Obama war, dass die Zersetzung vom Sozialstaat noch deutlich schneller voranging und das deutlich unverhohlener.

Währenddessen

wird Biden als großer Retter inszeniert, der auch in keiner Weise den Fortschritt darstellt. Er selbst ist nicht nur ein weiterer „Establishment“-Vertreter alter, weißer Männer, sondern auch noch erzreligiös. Er stimmte nicht nur für den Irakkrieg, sondern auch für ein „law & order Gesetz“, was bis heute dazu führt, dass vor allem schwarze Amerikaner_Innen schon beim kleinsten Vergehen hart bestraft werden. Oder brachte er das Gesetz durch, dass viele Schulden von Privatpersonen bei Insolvenz nicht mehr gestrichen werden können, sodass vor allem die Arbeiter_Innenklasse für immer mit der Last von Studien-, Gesundheits- und Kreditkartenschulden zu kämpfen hat, während große Betriebe weiterhin gerettet werden. An seiner Seite hat er Kamala Harris als Vize-Präsidentin, die zwar von Republikaner_Innen abfällig als „Marxistin“ bezeichnet wird, sich aber noch nicht mal zu den geringsten arbeiter_Innenfreundlichen Reformen durchringen kann wie der allgemeinen, staatlichen Krankenversicherung. Kein Wunder also, dass sich viele progressive, junge Wähler_Innen jetzt schon von den Demokrat_Innen abgewandt und

gegen eine Stimmabgabe entschieden haben. Der fehlende Enthusiasmus für Biden hat sicherlich mit reingespielt, dass das Rennen zwischen ihm und Trump so knapp war.

Wie die Wahl gelaufen ist

Notfalls mit

Gewalt. Gewalt der Waffen oder der Gerichte. Fest steht: Obwohl Biden schon als Präsident ausgerufen wurde, ist die Wahl noch nicht vorbei, da Trump und seine Anhänger_Innen mit allen Mitteln daran festhalten. Doch dass Trump nicht gehen will und selbst „demokratische“ Gerichte ihn wahrscheinlich nicht stoppen können, hat er bereits vor der Wahl vorbereitet. In diversen Staaten hat er ihm treue Richter_Innen an die obersten Gerichtshöfe gebracht und vorher schon mal behauptet, dass die ganze Wahl manipuliert sei. Sein Sohn Donald Trump jr. sprach sich angeblich sogar für den „Totalen Krieg um die Wahl“ aus.

Noch in der Nacht

der Wahlen hat Trump seinen Sieg ausgerufen, obwohl die Auszählungen noch in vollem Gange waren. Er war zu diesem Zeitpunkt noch in Führung, aber das lag daran, dass die Brief- und Frühwahlen, die deutlich mehr von Biden-Supportern genutzt wurden, erst später gezählt werden. Diese Reihenfolge hat er selbst erwirkt und es gehörte sicherlich zum Kalkül, dass er vielleicht durch eine frühe Ausrufung als Präsident taktische Vorteile hat. Je länger die Auszählungen dauerten, desto schlechter sah es für Trump aus und desto verzweifelter wurden seine Vorwürfe, dass ihm hier gerade die Wahl geklaut wird. Bei den Auszählungen in den heiklen Bundesstaaten wurde von Trump wahlweise gefordert, dass man aufhören sollte oder unbedingt weitermachen sollte, zu zählen, je nachdem, wie es gerade stand. Einige Republikaner_Innen wollten auch die Häuser stürmen oder zumindest stören, in denen gezählt wurde. Zu größeren Aufmärschen oder bürgerkriegsähnlichen Zuständen, wie ja oftmals befürchtet wurde, kam es bislang noch nicht.

Nach langem

Warten sind nun die meisten Staaten (zumindest ein erstes Mal) ausgezählt und Biden als Präsident abgesichert. Er hat in den relevanten Staaten, denn die meisten haben seit Jahrzehnten ihre Farbe (Blau= Demokratische Partei, Rot= Republikanische Partei) nicht geändert, einen Vorsprung erzielt. Diese so genannten Swing States sind u.a. Pennsylvania oder Arizona.

Dabei ist zu

berücksichtigen, dass nicht nur viele Menschen von der Wahl direkt, sondern auch indirekt ausgeschlossen sind und gleichzeitig das Wahlsystem auch unter bürgerlichen Maßstäben ungerecht und undemokratisch ist. Am Ende entscheiden nicht nur einfache Worte, sondern auch einfache Mehrheiten, die dann durch Wahlmänner(!) abgebildet werden. Im Winner-takes-it-all-Prinzip könnte es sein, dass 49% der Wähler_Innen unsichtbar gemacht werden, weil sie als Unterlegene nichts abbekommen.

Auch gewählt

wurden Sitze im Senat und im Repräsentantenhaus, das in demokratischer Hand bleibt. Auch wenn Biden vereidigt wird, stehen ihm aber möglicherweise der Senat sowie definitiv der Supreme Court entgegen, der seine Chance auf „Reförmchen“ weiter schwinden lässt. Gewonnen ist in den USA eben nicht zwangsläufig gewonnen.

Die Krise nach

der Wahl kommt so oder so.

Welche

Auswirkungen hat die US-Wahl für die amerikanische und internationale Arbeiter_Innenklasse?

Die globale

Hegemonie der USA ist nur noch ein Traum jener, die die letzten 30 Jahre im Winterschlaf verbracht haben. China, Russland und die EU sind längst Blöcke, die zumindest mitreden wollen, wo als nächstes

einmarschiert wird. Es könnten ja potenzielle Bündnispartner_Innen (aka Syrien) oder Länder sein, aus denen sich dann Geflüchtete in die EU aufmachen (wieder Syrien). Biden als Präsident wird wahrscheinlich noch mehr als Trump ins Schwimmen zwischen den Interessen des Kapitals kommen, das sich daran gewöhnt hat, international eine Rolle zu spielen. Eine Rolle, die gerne auch militärisch verteidigt wird. Sein Fokus wird sein, die alte Ordnung aus diplomatischen und strategischen Beziehungen wiederherzustellen. Die Frage ist, wie sehr diese Ordnung nicht vorher schon am Ende war.

Im Inneren

tatsächlich etwas zu verändern, wenn er das denn überhaupt möchte, wird auch schwer werden. Trump hat eine konsequente Politik der Verneinung der Interessen der Unterdrückten gefahren und sie verhöhnt und an den Rand getrieben, wo es nur ging. Biden wird wohl eher versuchen, durch Augenwischerei und kleine Reförmchen „das Land zu einen“, ohne dabei dem Kapital auch nur den geringsten Schaden zuzufügen. Denn nicht nur der wahrscheinlich mehrheitlich republikanische Senat, sondern nun auch die konservative Besetzung des Supreme Courts werden jedem Angriff auf Kapitalinteressen massiv im Weg stehen. Zu allem Übel gibt es noch den Druck von der Straße durch die extreme Rechte. Leidtragender all dessen wird weiterhin der prekäre Teil der US-Bevölkerung sein. Dies wiederum wird die Polarisierung und Abstieg prekärer Schichten weiter vorantreiben- die Frage ist nur, wie tief es in den USA noch geht, wo im Frühjahr bereits Millionen Menschen durch den Jobverlust das Äquivalent zur Tafel aufsuchen mussten, um überhaupt etwas zu essen zu bekommen.

Von Biden ist

also nicht zu erwarten, dass er die soziale, politische oder wirtschaftliche Krise auch nur befrieden kann. Hinzu kommen noch die Pandemie und die Umweltkrise. Gerade letztere hat nicht nur interne Folgen, sondern auch für die gesamte Welt, da die Klimakrise kein nationales Problem ist und somit auch nicht national gelöst oder ignoriert werden kann. Jedoch wird ein Fortschreiten dieser Krise

Migration, Armut und Umweltkatastrophen auch weit über die Grenzen der USA hinaus Auswirkungen haben.

Unsere

Perspektive: Verbesserung braucht die Macht von Unten!

Trump war nicht der Präsident der Minderheiten, nicht der Präsident der Frauen*. Zieht man dann noch die jugendlichen Massen auf der Straße ab, die sich gegen die Stimmabgabe entschieden haben, bleibt nur ein kleinerer weißer Teil, deren Präsident Trump war und weiterhin als Ideal bleiben wird. Doch Biden ist nicht der Heilsbringer. Er repräsentiert den rechten Flügel der demokratischen Partei, die schon immer kapitalfreundlicher und rechter als europäische bürgerliche Arbeiter_Innenparteien war. Er ist kein progressiver Kopf, der sich an die Spitze einer antirassistischen, antisexistischen und sozialen Bewegung setzen könnte. Niemand, der diejenigen im Land abholt, die die letzten Jahre und Jahrzehnte gelitten haben unter der Politik, die überhaupt erst den Boden für den Aufstieg eines Trumps geschaffen hat.

Die Spaltung der Arbeiter_Innenklasse begründet sich nicht auf der rassistischen Politik Trumps, sondern den Auswirkungen der Krise von 2008 und somit systemimmanenten Spaltungsmechanismen. Man kann also nicht darauf vertrauen, dass sich der Kapitalismus von selbst wieder zum Guten richtet. Es brennt und brodeln an alle Ecken und Enden. Eine radikale Kehrtwende ist das Einzige, was den Arbeiter_Innen, Demonstrant_Innen und Unterdrückten in der USA noch bleibt.

Doch die zahlreichen Proteste der letzten Monate sind eine große Hoffnung. Ihnen fehlt bisher nur eine Führung, was nicht zuletzt mit der Schwäche und dem niedrigen Organisationsgrad der US-Gewerkschaften zusammenhängt. Dennoch müssen bestehende Strukturen genutzt und die Kämpfe zusammengeführt werden. Geeint ist jede Bewegung stärker!

Was den USA fehlt ist eine Arbeiter_Innenpartei. Und zwar keine kleine Zelle, sondern eine, die sich auf den Massen stützt und aus den Massen hervorgeht. Ein stärkendes Moment könnte es sein, durch Massenproteste und Streiks nun Trump, der sich ans Weiße Haus klammert, aus selbigen hinauszubefördern. Im Zuge solcher Proteste entstehen Strukturen, die auch auf Biden Druck ausüben und hoffentlich auch die Frage auf die Tagesordnung setzen können, ob wir nicht eigentlich eine ganz andere Vertretung brauchen!

Eine Massenpartei, die auf der Grundlage der arbeitenden Bevölkerung dem System Druck macht. Eine Massenpartei, die tatsächlich die Macht des „US-Establishment“ angreift und ihre Interessen durch die eigenen ersetzt. Eine Massenpartei, die sich für Frauen*rechte einsetzt, die rassistische Strukturen der US-Polizei durch gewählte Arbeiter_Innenmilizen ersetzt und der Massenarbeitslosigkeit anstelle von Fracking o.ä. mit sozialstaatlichen Maßnahmen wie Umschulungsprogrammen in überholten Branchen begegnet.

Wir fordern:

Proteste reichen lange nicht! Für den Aufbau einer revolutionären Arbeiter_Innenpartei!

Brot, Gesundheit
und Frieden für Alle!

Streikt Trump aus
dem Weißen Haus!

Freilassung aller
politischer Gefangener und Demonstrant_Innen!

Was wirklich zählt, aber auf Bundeswehrplakaten nicht steht

Janneck Peschel

Karriere

machen bei der Bundeswehr und richtig gut Geld verdienen: Für manche Jugendliche ein Traum, für die Bundeswehr eine gute Chance, die junge Generation an sich zu binden und für Nachwuchs zu sorgen. Auf Jobmessen, Werbeplakaten, im Internet, der Gamescom oder mit dem direkten Besuch in der Schule wirbt sie, um vermehrt Jugendliche zu erreichen und sie durch vorteilhafte Konditionen zu sich zu geleiten. So lockt die Bundeswehr mit vielversprechenden Aufstiegsmöglichkeiten und saftigen Gehältern, wodurch sie auf das Interesse von Schüler_Innen trifft, die um ihre Zukunft im Konkurrenzkampf des Proletariats ungewiss sind.

Aufrüstung und deutscher Militarismus

Zur

Zeit des Kalten Krieges und der bipolaren Welt war Deutschland, hauptsächlich bedingt durch die Teilung, vorwiegend anderen imperialistischen Mächten untergeordnet. Nach dem Ende des Kalten Krieges und der deutschen Wiedervereinigung entwickelte sich Deutschland allerdings in einem jahrelangen Prozess wieder zu einer führenden imperialistischen Macht - vor allem wirtschaftlicher Stärke. Und obwohl Deutschland auf Platz 8 (mit 51 Mrd. €) im internationalen Vergleich der jährlichen Militärausgaben sind, hinkt die Ausrüstung der Bundeswehr weit hinterher.

Massive Werbung und Agitation von Jugendlichen

Noch

bis 2011 gab es in Deutschland mehr oder weniger eine Wehrpflicht. Aufgrund eines hohen Verschleißes an personellen und finanziellen Ressourcen wurde sie ausgesetzt (nicht abgeschafft!). In einer modernen, hochtechnisierten Armee haben sich die Anforderungen verschoben, sodass man jetzt weniger die Millionen von Menschen braucht, die eine Grundausbildung an der Waffe erfahren haben, dafür mehr und festangestellte Berufssoldat_Innen, die beispielsweise in der Lage sind, Drohnen, Bomber und Panzer zu steuern oder zu reparieren oder als „Militärberater_In“ Einfluss auf fremde Streitkräfte in Krisengebiete zu nehmen. So wurde die Bundeswehr zu einer Berufsarmee, auch wenn sich das im Fall eines großen Krieges, bei der die BRD auch tatsächlich in Gefahr ist, sehr schnell ändern dürfte und die Wehrpflicht wieder in Kraft gesetzt wird. Aber dadurch, dass momentan die Massen nicht mehr gezwungen werden, bei der Bundeswehr schießen zu lernen, sowie Deutschland eine größere Rolle in der NATO einnehmen will, fehlt es an Rekrut_Innen. Folglich wird verstärkt auf ein anderes Mittel mit dem Zweck gesetzt, neue junge Kräfte für den Militärdienst zu gewinnen und den Machthunger Deutschlands zu stillen: Die altbekannte Werbung!

So

präsentiert sich die Bundeswehr auf Werbeplakaten, baut ihre Internetpräsenz aus, öffnet über Jobangebote ihre Tür für Erwerbslose und gibt sich den Schüler_Innen über die Schule oder Jobmessen als zweiter „Freund und Helfer“. Das direkte Werben für die kriegerischen Absichten des deutschen Militärs, welches sich wenig von anderen Armeen unterscheidet, wird allerdings teilweise entschärft und durch die Blume mitgeteilt, um sich mehr Sympathiepunkte in weniger positiv eingestellten Kreisen einzufangen. Trotzdem ist nicht zu vergessen, dass gerade in Zeiten der Krise auch die Radikalisierung in der Bevölkerung zunimmt und mehr Menschen von einem aggressiveren, militärischen Auftreten des deutschen Imperialismus angesprochen werden.

Im

Klartext heißt das, man versucht über Werbung neue Militärkader für die Streitkraft des deutschen Kapitals herauszubilden, um den Einfluss auf die internationale Politik zu vergrößern. Dass die Bundeswehr als Parlamentsarmee demokratisch legitimiert erscheint, ändert hierbei nicht das Geringste an dem Fakt, dass die ökonomischen und geopolitischen Interessen der Bourgeoisie im Vordergrund stehen.

Die Darstellung in den Medien

Ein nicht zu ignorierendes Problem für die Außenwirkung der Bundeswehr ist ihre Durchsetzung mit Rechtsextremen, dessen Tendenz sich parallel zum Rechtsruck in der allgemeinen Bevölkerung auch in der Bundeswehr feststellen lässt, aber in einem verschärften Ausmaß. So gibt es mehrere Verbindungen zu verfassungsfeindlichen Organisationen, dem faschistischen Untergrund und rechtsextremen Chatgruppen. Nach außen erzeugt dies keine gute Wirkung, wenn man bedenkt, dass die Bundeswehr für die Bundesrepublik Deutschland und für angebliche Verteidigung der Menschenrechte und Demokratie steht. Medial erfährt die Bundeswehr durch faschistische Infiltrierung wie auch das Gerücht, die Bundeswehr besäße rückständige und teilweise kaputte Ausrüstung somit meist eine negative Darstellung; z. B. durch die vermeintlich nicht funktionierenden Kampfhubschrauber oder die überalterten Schiffe. Folglich wird hier ebenfalls versucht, das schlechte Bild der Bundeswehr durch Werbung und vermeintliche Aufklärung in Schulen über die Arbeit der Bundeswehr aufzupolieren. Auf Social Media lässt sich ähnliches feststellen: Die schlechte mediale Aufbereitung der Bundeswehr wird mit einem Leitfaden für das Verhalten von Mitarbeiter_Innen zur Stärkung des Rufs durch positives Auftreten übertüncht - wohlgemerkt damit auch die Missstände und Kontroversen.

Soziale Arbeit im Namen der Bundeswehr

Als

einer der größten Arbeitgeber Deutschlands kann man im Namen der Bundeswehr auch zivildienstliche Arbeit verrichten, in welcher sich der Versuch der Bundeswehr zeigt, sich als Humanitäre Instanz zu präsentieren. Dabei trägt dies indirekt zu einer stärkeren Bindung des Militärs an die deutsche Gesellschaft bei und lässt den deutschen Militarismus in der öffentlichen Darstellung in den Hintergrund fallen. Zuletzt wurden die Soldat_Innen im Land eingesetzt entweder als Unterstützung im Bau von Notkrankenhäusern oder als medizinisches Personal während der Corona-Pandemie. Seltener kommt sie auch zum Einsatz bei Naturkatastrophen wie beim Elbehochwasser 2013. Dabei gibt es, wenn man Wohltätigkeitsarbeit leisten will, zahlreiche Alternativen wie die Durchführung eines Freiwilligen Sozialen Jahres oder dem Einsatz beim Katastrophenschutz wie dem THW und somit in Institutionen, die auf diese Arbeit vorbereitet und geschult sind, aber im Gegensatz zur Bundeswehr meist stark unterfinanziert sind.

Des Weiteren ist die Bundeswehr kein Arbeitgeber wie jeder andere, obwohl sie sich gerne so darstellen möchte. Sie bietet den Arbeitnehmer_Innen enorme finanzielle Vorteile wie ein hohes Gehalt plus eine feste Anstellung und anderweitiger Vorteile wie auch ein besseres Ansehen in einigen Kreisen der Gesellschaft. In Zeiten von weiteren verschärften Angriffen auf die Rechte des Proletariats ist dies ein guter Köder, um vermehrt Jugendliche zu gewinnen. Das wird alles aus den Kassen des Staates bezahlt, der es sich gerne einiges kosten lässt, dass er seinen Stand in der Welt ausbaut und dafür die Notlage junger Menschen ausnutzt. Im Endeffekt sorgt die Bundeswehr für viel Leid und gewaltsame Unterdrückung in der Welt. Und zwar nicht nur durch die eigene Waffe, sondern auch indem die Bundeswehr dadurch die imperialistische Weltordnung verteidigt, in der arme Länder ausgebeutet gehören und bei Widerstand mit politischen bis hin zu militärischen Konsequenzen zu rechnen haben. Und das steht auf keinem Plakat und wird auch keiner Soldatin und keinem Soldaten je erklärt.

Wir

als Revolutionär_Innen stehen gegen den deutschen Imperialismus und

allen Formen der Werbung für ihn. Der proletarische Kampf muss immer den Kampf gegen das Kapital und dessen Beschützer_Innen wie das Militär beinhalten, um eine klassenlose Gesellschaft zu ermöglichen. Schlussendlich bleibt es auch bei der Bundeswehr als Parlamentsarmee dabei, dass sie im Sinne der deutschen Bourgeoisie agiert und hinter dem „Kampf für Menschenrechte“ ökonomische Interessen versteckt. Wie bereits erwähnt gibt es viele Möglichkeiten sich sozial zu engagieren, ohne sich vom deutschen Imperialismus einspannen zu lassen. Die Bundeswehr ist und bleibt eine bürgerliche Armee!

#ENDSARS: Nigerias Jugendbewegung gegen Polizeigewalt & ihre Perspektive

Vor

circa 2 Wochen brachen in Nigeria im ganzen Land Proteste aus.

Tausende junge Menschen wehren sich gegen die anhaltende und brutale Polizeigewalt, die vor allem von der Sondereinheit „SARS“ ausgeht.

Sie

werfen der „Anti-Überfalleinheit“ wiederholte

Raubüberfälle und Misshandlungen von Zivilist_Innen vor und fordern deren Auflösung. Nach einer Woche heftiger Proteste, in denen auch eine Polizeistation in Flammen aufging, kündigte Nigerias Präsident Muhammadu Buharu an, dieser Forderung nachzukommen. Doch darauf kann

man sich nicht verlassen! Dies ist bereits die 4. Ankündigung dieser Art in den letzten Jahren. Und passiert ist nichts! Die Menschen sind

wütend, der Protest richtet sich längst auch schon gegen die Regierung als Ganzes.

Diese

scheint mit der Situation sichtlich überfordert zu sein, denn auch wenn dies von offizieller Stelle geleugnet wird, eröffnete das Militär in Lagos das Feuer auf friedliche Demonstrant_Innen. Sie schossen auf die mutigen Menschen, die sich dem ungerechten und mörderischen System widersetzen. Über 50 Zivilist_Innen wurden mittlerweile im Zuge der Proteste getötet. Die Regierung hat eine Ausgangssperre verhängt, nachdem in Benin fast 2.000 Häftlinge aus einem Gefängnis befreit wurden, doch die Menschen lassen sich nicht einschüchtern und kämpfen weiter! Richtete sich ihr Protest anfangs allein gegen SARS, wurden die Forderungen mittlerweile ausgeweitet. Sie fordern den Rücktritt des Präsidenten und ein Ende der massiven Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig absurd hohen Gehältern der PolitikerInnen. Diese Protestwelle ist vor allem ein Protest der Jugend, denn mit einem Durchschnittsalter von 18 Jahren ist Nigeria die jüngste Region der Welt und Jugendliche leiden besonders unter den prekären ökonomischen Verhältnissen: Nur eine Minderheit der Schul- und Hochschulabsolvent_Innen hat eine Arbeit, von der sie leben kann und Migrationswege in den Rest der Welt sind dank der europäischen Grenzpolitik mittlerweile versperrt. Diese Perspektivlosigkeit einer ganzen Generation hat sich nun in Wut umgewandelt. Dabei ist es sicherlich kein Zufall, dass die politische Krise Westafrikas mit der schwersten Wirtschaftskrise dieses Jahrhunderts zusammenfällt: Durch die enormen Einbrüche im Außenhandel des Ölstaates hat sich die Lebenssituation vieler Menschen noch einmal drastisch verschlechtert. Millionen von Menschen, die vorher knapp über dem Existenzminimum lebten, rutschen nun darunter und die ohnehin hohe Arbeitslosenquote von 27% steigt weiter an. Die Übergriffe der SARS-Einheit haben nun das Fass zum Überlaufen gebracht und eine Jugendbewegung geschaffen, die entschlossen ist, sich nicht länger ihrer Ausbeutung zu beugen und ihre Zukunft selbst gestalten will. Jetzt ist es an der Zeit, den

aufgeworfenen sozialen Forderungen eine antikapitalistische Perspektive zu geben und die Massen der Arbeiter_Innen und Student_Innen in Räten zu organisieren. Es darf kein Vertrauen mehr in die Reformen der Regierung gesetzt werden. Stattdessen müssen die AktivistInnen selbst demokratisch über ihre Zukunft entscheiden!

Wir,
von REVOLUTION solidarisieren uns ausdrücklich mit der kämpfenden Protestbewegung in Nigeria! Das Regime, das brutal mit Waffengewalt gegen die eigene Bevölkerung vorgeht muss entmachtet werden und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden! Für eine demokratische Bewegung der Arbeiter_Innen und Student_Innen, die der Polizeigewalt & der Krise den Kampf ansagt!

Hoch die
internationale Solidarität!

5 Fragen, 5 Antworten: Indonesien - Zwischen Unterdrückung und Widerstand

Leila Cheng

Indonesien: Ein Land mit 264 Millionen Einwohnern und damit das 4. bevölkerungsreichste Land der Welt, sowie auch der größte Inselstaat. Dennoch ist es stark abhängig von ausländischen Konzernen und Banken. Und jetzt beschließt die Regierung ein Gesetz, das auf Kosten der indonesischen Arbeiter_Innen ausländische Investitionen und Unternehmen anlocken soll und damit die Abhängigkeit und die Armut der Massen verschärfen würde. Dagegen erhebt sich im ganzen Land verbissener

Widerstand bis hin zu militanten Streiks! Die Hintergründe und Perspektiven wollen wir in diesem Artikel klären.

1. Wie zeigt sich die aktuelle Weltwirtschaftskrise in Indonesien?

Während

sich die Covid-19-Pandemie im Land wieder verstärkt und sich auch hier bereits eine zweite Welle abzeichnet, werden von der Regierung jede Menge neoliberale Reformen durchgedrückt. Privatisierungen, Entlassungen und weitere Angriffe auf Arbeiter_Innenrechte, angeblich um die hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Doch was ist der wirkliche Grund?

Staatsverschuldung und Wirtschaftskrise!

Im

Jahr 2018 betrug die Staatsverschuldung Indonesiens rund 30,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (Unter anderem eine langfristige Folge der Kredite des IWF nach der Finanzkrise 2008/2009) und stieg in der Coronakrise noch weiter.

Hinzu

kamen massive privatwirtschaftliche Einbußen während der Pandemie: Indonesiens Wirtschaftsleistung ist nach Angaben des Statistikamtes BPS im 2. Quartal 2020 im Vorjahresvergleich um 5,3 Prozent geschrumpft, was damit das schwächste Quartal seit der Asienkrise des Jahres 1999 ist. Auch der Rückzug ausländischer Kapitale während der Pandemie hat wirtschaftliche Einbußen gebracht. Zudem musste die Hauptinsel Bali wegen Corona alle Tourist_Innen dieses Jahres abweisen. Dies sorgt für wirtschaftlichen Einbruch bei einer Insel, die fast komplett vom Tourismussektor abhängig ist.

Hinzu kommt das internationale Machtgefüge, in dem sich Indonesien befindet. Der Staat ist abhängig von den USA. Diese nutzen die Regionalmacht auch als Stützpunkt gegen ihren Hauptkonkurrenten China im Pazifik. Aber neben den engen militärischen Beziehungen gibt es auch große Mengen US-amerikanischer Kredite in Indonesien. Zudem ist das Land

für viele transnationale, meist US-amerikanische Konzerne eine profitbringende Kapitalanlage, was durch das neue Gesetz mit verstärkter Ausbeutung der Arbeiter_Innen und weniger Umweltstandards verschärft werden wird. Aber warum machst sich Indonesien so abhängig von den USA? Wenn es amerikanische Weisungen und „Bitten“ ignorieren würde, würde es schnell weh tun, z.B. durch wirtschaftliche Sanktionen oder Rückforderung der Schulden oder sogar einen militärischen Einmarsch. Abgesehen davon wird die Wirtschaftsentwicklung, also die Hauptsektoren Bergbau (Export von Rohstoffen) und der Tourismussektor, ja meist von US-amerikanischen Konzernen dominiert. So ist zum Beispiel der größte Gold- und Kupferproduzent PT Freeport Indonesia ein US-amerikanisches Unternehmen, was auch gleichzeitig der größte Steuerzahler des Landes ist. Eine weitere große Einnahmequelle ist die Landwirtschaft: So ist Indonesien weltweit der größte Palmölproduzent, was zwar gewinnbringend aber auch sehr schädlich für die Umwelt ist, denn den Monokultur-Plantagen weichen die riesigen Urwälder, die im Grunde nur noch in Nationalparks existieren. Dieser Zweig wird von einem transnationalen Unternehmen aus Singapur dominiert. Hier zeigt sich die Konkurrenz, aber auch die Abhängigkeit von anderen Regionalmächten, die sich natürlich in erster Linie wirtschaftlich äußert.

2. Welche neoliberalen Reformen hat die Regierung beschlossen?

Die

Regierung hat 79 neue Gesetze (Omnibus Law beziehungsweise Gesetz zur Arbeitsplatzbeschaffung) verabschiedet. Die Regierung behauptet: Die Reformen

sollen Bürokratie abbauen, um

mehr ausländische Direktinvestitionen zu fördern, das

Wirtschaftswachstum zu unterstützen und Beschäftigungsmöglichkeiten für Indonesier_Innen zu schaffen.

Doch

das Gesetz sorgt für massive Angriffe auf Arbeiter_Innenrechte, leichtere Entlassungen,

Kurzzeitverträge, Lohnsenkungen (auch des Mindestlohnes), geringere

Abfindungen und die Auslagerung von Arbeitsplätzen. So können imperialistische Staaten einfacher ihre billige und umweltschädliche Produktion zur Profitmaximierung nach Indonesien auslagern. Dies sorgt im Endeffekt nur für eine verstärkte Ausbeutung des indonesischen Proletariats, das in Elend, Arbeitslosigkeit und Hunger gedrängt wird.

Es

sorgt auch für eine verstärkte Ausbeutung der Natur, sowie eine stärkere Umweltverschmutzung. Denn durch das Gesetz wird zudem die Verpflichtung von Unternehmen gelockert, eine Analyse von Umweltrisiken zu erstellen. Unmittelbare Folgen von Umweltverschmutzung und Klimakrise sind Umweltkatastrophen wie Überschwemmungen, die das Land knapp über dem Meeresspiegel immer wieder stark belasten, sowie auch eine verstärkte Smogbelastung der Städte, insbesondere der riesigen Slums.

Auch die Jugend und die Frauen der Arbeiter_Innenklasse sind besonders von den Reformen betroffen. Gerade Jugendliche und nicht voll arbeitenden Personen werden als erstes entlassen oder noch schlechter bezahlt. Zudem werden proletarische Jugendliche früher arbeiten müssen, wenn sich die Familie ihre Ausbildung/Studium nicht mehr leisten kann. Hinzu kommt, dass die Jugend noch am längsten leben wird: Sie wird mitbekommen, wie ihre Heimat aufgrund der Klimakrise immer mehr im Meer versinkt, sie wird hauptsächlich von den Umweltkatastrophen betroffen sein und sie wird vermutlich zu großen Teilen später vor den Überflutungen fliehen müssen. Auch Frauen werden eher entlassen oder schlechter bezahlt. Neben ihrer harten Arbeit haben sie auch noch zu großen Teilen unbezahlte Hausarbeit und Kindererziehung allein zu tragen. Nun soll durch eine Reform auch noch das Recht auf bezahlten Mutterschaftsurlaub eingeschränkt werden.

3. Wie sieht der Widerstand gegen diese Reformen aus?

ArbeiterInnen,

Student_Innen und Umweltschützer_Innen demonstrieren gegen die neoliberalen Reformen während der Corona-Pandemie. Die großen

Proteste haben vor allem gesellschaftlichen und Klassencharakter. Inzwischen hat sich die Union of all Indonesian workers (KSPSI), ein mittelgroßer Gewerkschaftsbund (ca. 4,6 Millionen Arbeiter_Innen), als teilweise führende Kraft der ArbeiterInnen herausgebildet. Die KSPSI hatte bereits vor dem Beschluss des Gesetzes zu Streiks aufgerufen. Der sehr viel größere und reformistischere indonesische Gewerkschaftsbund (KSPI) hatte vereinbart, ein Team zur Umformulierung des Gesetzesentwurfs des Omnibus Laws zu bilden. Wie so oft sieht man hier den Verrat der Gewerkschaftsbürokratie, die bei minimalen und reformistischen Forderungen stehen bleibt, anstatt die die Massen in den Kampf zu führen.

Als dies jedoch gescheitert ist und die Regierung dieses Gesetz verabschiedet hat, haben sich die Gewerkschaftsverbände KSPI, KSPSI und die National Welfare Movement (GEKANAS) geeinigt und zu 3-tägigen Streiks (06. bis 08. Oktober 2020) aufgerufen.

Insgesamt wollten sie bis zu 5 Millionen ihrer Arbeiter_Innen zu diesem Streik mobilisieren. In Wirklichkeit waren es höchstwahrscheinlich noch viel mehr.

Insgesamt 32

Gewerkschaftsverbände, sowie Bauernverbände organisierten Streiks. Es gibt aber keinen Überblick darüber, wie viele Streiks mit wie vielen Teilnehmer_Innen tatsächlich stattgefunden haben.

Hier zeigen sich zwei Dinge:

Erstens:

Wie eine kämpferische Basis, wenn sie konsequent kämpferisch vorwärts geht, ihre reformistische und opportunistische Führung zwingen kann, mitzuziehen. Immerhin gab es schon vorher Demos und vereinzelte Streiks, die sich auch mit Hilfe der SPSI immer mehr

zuspitzten.

Und

zweitens: Welche enormen Ausmaße ein politischer Streik annehmen kann.

Ein Beispiel für diese enormen Ausmaße ist ein Streik in einem Frauenbetrieb: Dort mobilisierten 70.000 Arbeiterinnen in einer von Asiens größten Schuhfabriken zum dreitägigen Streik.

Neben

den großen Streiks fanden, wie schon erwähnt, auch Massendemonstrationen statt. Daran beteiligten sich auch viele Student_Innen

(vor allem wegen der Auflockerung von Umweltschutzmaßnahmen). Da zeigt sich auch, wie die Jugend in den Kämpfen mit ganz vorn dabei ist. Dies ist ein Phänomen, was man weltweit betrachten kann, ob bei den sozialen Protesten in Chile oder bei der internationalen Umweltbewegung, so jetzt auch in Indonesien. In Indonesien haben sich sogar bereits Ansätze der Organisation von Studierenden in Räte-ähnliche Gremien gebildet, über die aber noch nicht viel bekannt ist.

Doch wie sehen die Forderungen der Streiks und Demonstrationen aus? Es gibt eigentlich nur eine einheitliche Forderung und die lautet: Ersatzloser Verzicht auf das Gesetz! So ist es eine soziale Forderung und der Streik ein politischer Streik, aber revolutionär sind die Proteste damit noch nicht. Und das Problem, dass die kommunistische Partei Indonesiens seit 1965 verboten und damals ein Großteil der Kommunist_Innen ermordet wurde, macht es auch nicht besser. Dennoch sind die Proteste sehr fortschrittlich und können je nach der Entwicklung zu einem revolutionären Katalysator werden. Das liegt in ihrer letzten Besonderheit, der Vereinigung der antiimperialistischen, antikapitalistischen, Umwelt-, Jugend- und Antirepressions-Kämpfe, und vor allem ihrem im Grunde proletarischen Klassencharakter.

4. Wie sieht die Repression durch Staat und Kapital aus?

Wie

immer bei Protesten und Straßenkämpfen zwischen dem bürgerlichen Staat und Demonstrant_Innen herrscht ein ungleiches Kräfteverhältnis.

Auf

der Insel Sumatra z.B. gingen Polizisten mit Tränengas gegen junge Demonstrant_Innen vor, die Steine auf die Beamten geworfen hatten. Auch in West Java kam es an dem Streiktag zu Zusammenstößen mit der Polizei. In der Hauptstadt Jakarta versammelten sich Tausende Student_Innen und Arbeiter_Innen vor dem Präsidentenpalast des südostasiatischen Inselstaats. Als Steine geworfen wurden, setzte die Polizei Tränengas und Wasserwerfer ein. Weitere Protestzüge wurden aus Yogyakarta, Medan, Palembang und Makassar gemeldet. Bereits am Tag vor den Streiks waren die Polizist_Innen zum Teil mit Gummigeschossen gegen Demonstrant_Innen vorgegangen.

Die

Polizei begründete ihr hartes Vorgehen und das Verbot eines Teils der Proteste mit Corona-Schutzmaßnahmen. Die besonders prekäre Lage und Notwendigkeit der Proteste werden dadurch unmissverständlich unterstrichen, dass man die Infektionsgefahr in Kauf nimmt, um die eigene Lebensgrundlage zu sichern. Vielen Menschen dort geht es sehr schlecht, genauso wie in vielen weiteren Ländern. Auch so lässt sich eine Verbindung zu den momentanen Protesten in Chile ziehen. Nur dass die Gewalt durch die Polizei dort noch viel enormer ist, man erinnert sich nur mal an die massenhaften Vergewaltigungen von Verhafteten und die mit Säure versetzten Wasserwerfer.

Auch in Indonesien setzte die staatliche Repression sehr stark auf Massenverhaftungen. Die Polizei meldete allein für den dritten Tag 3862 Festnahmen landesweit (darunter 796 "Anarchisten_Innen"). Die Massenverhaftungen trafen vor allem schwarz-gekleidete Jugendliche, die die Polizei für "Anarchisten_Innen" hielt. Hier zeigt sich wieder eine bürgerliche Hetze, wonach Anarchismus nur Zerstörung und Durcheinander wäre und dass alle, die für soziale Ziele demonstrieren, als solche verrufen werden.

5. Was muss getan werden, damit die Proteste und Streiks eine

Perspektive haben?

→

Unsere Klasse darf sich nicht unterkriegen lassen unter einer bürokratischen Gewerkschaftsführung, die auf einen Kompromiss mit dem Staat und den Unternehmen hofft. Auch nach den 3 Tagen müssen die Streiks konsequent weitergeführt werden!

→

Die sozialen und antiimperialistische Forderungen sind gut, sollten aber auch mit dem Kampf gegen die eigene Kapitalist_Innenklasse verbunden werden und für Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien unter ArbeiterInnenkontrolle eintreten!

→

Dafür sollte die Führung ein konkretes revolutionäres Programm aufstellen, in dem die Minimalforderungen (reformistische Forderung) der Ablehnung des Gesetztes und die Ablehnung der Angriffe auf die Klasse mit revolutionären und Übergangsforderungen bis hin zur sozialistischen Revolution verbunden werden. Ein Problem dabei ist, dass es seit dem bis heute anhaltenden Verbot der kommunistischen Partei von 1965 keine Arbeiter_Innenpartei in Indonesien gibt, sondern nur eine etwas linkere stark populistische Partei, deren Führung aus Gewerkschaftsverbänden besteht. Andererseits sind diese offenbar bereit, unter dem Druck der Massen auch politische Streiks durchzuführen.

→

Die gemeinsamen Kämpfe mit der besonders unterdrückten Jugend sollten weiterhin geführt werden. Die Jugend sollte sich jedoch noch in eigenen Organisationen zusammenfinden, um auch spezifisch ihre Lage im kapitalistischen System besprechen zu können. Die studentischen Räte sind gute

Ansätze dafür. Dasselbe sollte jedoch auch in Schulen und Betrieben durchgeführt werden.

→

Zur besseren Koordinierung der Demos sollten ArbeiterInnen-, Jugend- und Bäuer_Innenräte eingerichtet werden und das Mittel des politischen Streiks bis zum Generalstreik angewandt werden, da es den stärksten wirtschaftlichen Druck ausübt.

→

aber die Bewegung kann nur gelingen, wenn sie sich international koordiniert und mit anderen sozialen Bewegungen vernetzt (wie z.B. der sozialen Bewegung in Chile, den antimonarchischen Protesten in Thailand, Gewerkschaften in den USA, ...)

What the Fuck is wrong in the USA?!

Jan Hektik

Wenn bloß ein wenig darauf geachtet wird, was gerade in den USA so alles abgeht, verliert man schnell den Überblick. Es kommt einem so vor, als ob dort alles gleichzeitig zusammenbricht, sich aber trotzdem nicht wirklich etwas ändert. In diesem Artikel möchten wir kurz beschreiben, was eigentlich in den USA gerade schief läuft. Kurze Antwort: Alles! In diesem Artikel wollen wir aber drei der Konflikte näher beleuchten. Erstens Corona und das Gesundheitssystem, zweitens die Wirtschaftskrise und das Sozialsystem und drittens Black Lives Matter und Rassismus. Alle diese Konflikte finden ihren Ausdruck auch im US-amerikanischen

Präsidentenwahlkampf, also wird auf diesen auch in einem Abschnitt eingegangen werden.

Corona und Gesundheit

Die USA sind eines der am härtesten von der Pandemie getroffene Land mit Zehntausenden von Neuinfektionen täglich und massenhaft Toten. Warum ist das so?

Die einfache Antwort, die insbesondere die Demokraten gerne geben, ist wegen Trump. Doch auch wenn diese Aussage einen wahren Kern hat, so ist sie zumindest nicht ausreichend. Viel liegt auch an dem Gesundheits- und Sozialsystem, welches auch vor Trump in den Vereinigten Staaten schon bestand.

Das Gesundheitssystem in den USA basiert auf einer sehr starken und einflussreichen Pharmalobby (Big Pharma), welche ein gigantisches und profitables Netzwerk aus Versicherungen aufgebaut hat. Anders als in Deutschland gibt es keine staatliche Gesundheitsversicherung und auch keine Versicherungspflicht. Dadurch haben viele Menschen in den USA überhaupt gar keine Versicherung, besonders nicht die ärmeren. Gleichzeitig sind Preise für Medikamente und Behandlungen exorbitant hoch. 41% aller amerikanischen Personen im arbeitsfähigen Alter haben Probleme mit medizinischen Rechnungen oder zahlen medizinische Schulden ab.

Sind Menschen versichert, so sind sie es erstens meistens über ihren Job, zweitens unter strengen Bedingungen und drittens meist mit Selbstbeteiligung. D.h. auch wenn du versichert bist, kannst du trotzdem an den Kosten einer Krankheit zugrunde gehen.

Die Versicherungen funktionieren nach Netzwerken. Jede Versicherung hat ein Netzwerk. Ärzte, Krankenhäuser etc. können Teil dieses Netzwerk sein. Brauchst du eine Behandlung, geh besser in ein Krankenhaus, dass Teil des Netzwerks ist, ansonsten zahlt die Versicherung nicht.

Durch den Affordable Healthcare Act (Obamacare) wurde manche Missstände zwar abgeschwächt, in der Grundstruktur sind sie aber immer

noch stark vorhanden.

Weiterhin trifft die Pandemie die USA so stark, weil im Gesundheitssektor durch die Ausrichtungen auf Wirtschaftlichkeit für die Bevölkerung relativ wenig Kapazitäten freistehen. Und schließlich wurde auf die Pandemie politisch von der Regierung langsam, zögerlich und minimal reagiert. Dies hat seinen Grund jedoch sehr stark in den sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen in den USA.

Die Wirtschaftskrise und das Sozialsystem in den USA

In den USA gibt es auch außerhalb des Gesundheitssystems kaum soziale Absicherungen, keine gesetzliche Rente (nur private Rentenversicherungen), sehr begrenzte und viel zu geringe Arbeitslosenversicherungen usw.

Das führt dazu, dass die Leute noch viel stärker auf ihre Jobs angewiesen sind als hier. Weiterhin gibt es auch keinen Kündigungsschutz und auch sonst kaum arbeitsrechtliche Regelungen zum Schutz der Beschäftigten, sowie generell eher schwache gewerkschaftliche Organisation und kaum einheitliche Kämpfe. Das führt dazu, dass die Unternehmen in den USA, wenn sie ihre Produktion wegen Corona runterschrauben müssen, einfach massenhaft Leute entlassen können.

Die Gesundheitsversicherung über den Job ist dann weg.

Die Regierung hat den Lockdown lange hinausgezögert, ihn dann so minimal wie möglich durchgeführt, sodass die Infektionen trotzdem in die Höhe schossen (z.B. weil bei Amazon massenhaft Menschen unter massiven Zeitdruck arbeiten und keine Zeit haben sich die Hände zu waschen), woraufhin massenhaft Menschen entlassen wurden und ihre Versicherung verloren haben. Somit ist ein sich gegenseitig befeuerndes Verhältnis aus wirtschaftlicher und gesundheitlicher Krise entstanden woraus ein krasser Angriff auf die ärmsten Teile dieser Gesellschaft entstand.

In den USA stehen auf der einen Seite die Bourgeoisie (Corporate America) und ihre (offenen) Vertreter Trump, die Republikaner und die Rechte und auf der anderen Seite das Proletariat und in ihm besonders die unterdrücktesten Teile (People of Color, LGBTIA, Frauen). In den USA kann man besonders

stark die Auswirkungen von wirtschaftlichen Nachteilen auf soziale und gesundheitliche Aspekte sehen. Gleichzeitig besitzen die Reichsten 1% mehr als die Hälfte der US-amerikanischen Bevölkerung.

All diese Probleme haben sich mit dem Eintritt der Krise, ausgelöst durch die Pandemie, plötzlich massiv verschärft. Besonders hart hat es People of Color und besonders die Schwarze Bevölkerung getroffen. Sie sind häufiger in schlechter bezahlten Berufen, schlechterer Gesundheitsversorgung, leben in infrastrukturell schlechteren Gebieten enger zusammen, haben weniger Absicherung bei Lohnausfällen oder Jobverlust und arbeiten überwiegend in Berufen die eine erhöhte Ansteckungsgefahr aufweisen. Der Rassismus in den USA hat somit eine ökonomische Grundlage...und viel Sprengkraft.

Rassismus

Rassismus in den USA hat eine lange Geschichte und tiefe Verwurzelung. Er drückt sich neben der wirtschaftlichen in vielen anderen Formen aus. Eine ist die überproportionale Verfolgung von Schwarzen durch den Staat. 38,4% von allen Häftlingen in den USA sind Schwarz bei 12,7% der Bevölkerung, daneben sind 57,7% der Häftlinge weiß bei 72% der Bevölkerung.

In der Geschichte der USA gab es viele Bestrebungen den Gedanken der „weißen Rassenüberlegenheit“ (white supremacy) in der Gesetzgebung und der Exekutive zu verankern.

Die Polizei ist überproportional von Weißen besetzt wird, Tötungen durch die Polizei treffen unverhältnismäßig oft Schwarze Personen und Todesurteile treffen überproportional Schwarze Personen bei weißen Opfern. Rassismus durchzieht die gesamte Staatlichkeit der USA. Die Vorfälle in Kenosha, wo Jacob Blake von der Polizei ermordet wurde und in dem darauf folgenden Protest ein Richter zwei BLM-Demonstrant_innen ermordete, sind nur die Spitze des Eisbergs.

Der US-Amerikanische Wahlkampf

Im Sud dieser Konflikte brodelte der US-Amerikanische Wahlkampf. Für die Demokraten tritt Joe Biden an und für die Republikaner Donald Trump.

Während die Republikaner die rechten Teile der Gesellschaft und den rechten Flügel der Bourgeoisie vertreten, versuchen die Demokraten, welche den etwas linken Teil der Bourgeoisie vertreten, gleichzeitig möglichst viele progressive Stimmen abzufangen.

Die Republikaner

Zunächst zum Wahlkampf der Republikaner, dieser stützt sich vor allem auf drei Punkte: Law and order (Recht und Ordnung), Kampf gegen den Sozialismus und Garant der individuellen „Freiheit“ (der Reichen und Weißen).

Law and Order ist der republikanische Propagandabegriff für die brutalste Niederschlagung jeglichen Widerstandes gegen Ausbeutung und Unterdrückung, sowie die Art und Weise der Durchsetzung der oben genannten Krisenlösung von Kürzungen und Angriffen auf die ärmsten Teile der Bevölkerung.

Die Kosten der Krise auf die unterdrückten Teile der Gesellschaft abwälzen, das wollen beide Parteien. Die Fragen, über die sie sich uneinig sind, drehen sich nur um die Intensität und die Durchführung dessen.

Die BLM-Proteste werden als Plünderer bezeichnet und rechte Milizen und Polizei zu Hütern von Recht und Ordnung verklärt. Das Ganze eben unter dem Deckmantel gesellschaftlicher Regeln und wer sich nicht an diese halte, müsse hart bekämpft werden.

Im Kampf gegen den Sozialismus wird sich im Endeffekt auf Bernie Sanders bezogen und die Politik der Bewegung, die ihn unterstützt hat, auf Biden übertragen, ohne dass dafür eine tatsächliche Grundlage besteht. Biden ist ein Musterschüler des US-Imperialismus, Sanders ein sozialdemokratisch angehauchter Reformier.

Weiter geht's mit der individuellen „Freiheit“ als klassischem Thema der Rechten in den USA. Patriotismus und Nationalismus sind eng verbunden mit diesem Begriff von Freiheit. Hier verbindet sich auch Law and Order mit Antisozialismus. Soziale Programme werden als Eingriffe in die Freiheit

dargestellt, Privateigentum der Kapitalist_Innen und damit verbundene Ausbeutung als Ausdruck dieser Freiheit.

Die Demokraten

Biden dagegen stützt sich eigentlich nur auf zwei Punkte: Anti-Trump und im Winde wehen.

Biden und Trump führen den Wahlkampf der Persönlichkeiten. Viel der Debatte geht um das Alter von Biden oder die Unfähigkeit von Trump. Eigentlich ist Bidens Hauptargument: „Wählt mich, denn ich bin nicht Trump“ und „Ich war Vize unter Obama“.

Das sind vermutlich auch die beiden Hauptpunkte, mit denen er sich gegen Sanders durchsetzen konnte. Einerseits hatte er insbesondere unter älteren Menschen hohe Zustimmungswerte, besonders unter Schwarzen über 40, andererseits kam sein plötzlicher Zuwachs nachdem Obama dazu aufgerufen hat für ihn zu stimmen. Obama wird von vielen als linker wahrgenommen als er eigentlich war, insbesondere im Kontrast zu seinem Nachfolger. Die Hauptauseinandersetzung zwischen Biden und Sanders war Bidens Argument, Sanders sei zu links, um gegen Trump zu gewinnen. Dass dies nicht zutrifft, zeigt sich auch schon an der großen Zustimmung, die Sanders unter eher republikanisch geprägten Teilen der Bevölkerung hatte aufgrund der hohen Beliebtheit seiner Gesundheitsreform und einem stärkeren Klassenbezug.

Sanders großes Problem war eigentlich nicht mit der Demokratischen Partei zu brechen. Zwar ist er an sich ein Unabhängiger, der nur 2016 und 2020 jeweils zu den Wahlen den Demokraten beitrug. Jedoch hat er erst Hillary Clinton und dieses Mal Biden unterstützt, nachdem er die Wahl um die Kandidatur verloren hat. Jeder Beobachter_In klar ist, dass seine Ziele und erst recht die weitergehenden Ziele der Bewegung niemals mit dem Establishment der Demokraten, welches durch Clinton und Biden repräsentiert wird, umsetzbar sind.

Die DSA

Durch die Kandidatur zum Präsidentschaftskandidaten der Demokraten von Bernie Sanders wurde 2016 in den USA eine Debatte gestartet, die zu einer gesteigerten Popularität sozialistischer Begriffe, Phrasen und Politik geführt hat. Er hatte damals (und erneut dieses Jahr) unter anderem gefordert, alle privaten Krankenversicherungen abzuschaffen und durch eine staatliche zu ersetzen, welche bessere Bedingungen als in den meisten europäischen Ländern geschaffen hätte, eine stärkere Besteuerung der Reichen, verbunden mit großen Sozialprogrammen, und sich explizit an die arbeitende Bevölkerung und die Gewerkschaften gewandt und mit ihnen zusammen gearbeitet.

Gleichzeitig hat sich die Bewegung um ihn mit Black Lives Matter und Protesten von Latinos vernetzt. Dies ist der bisherige Höhepunkt einer Entwicklung, die mit den Protesten von Occupy Wallstreet begann und die Organisierung und den Klassenbezug stetig erhöht hat. Auch untypisch für den US-Wahlkampf war Sanders' Methode nicht auf seine Persönlichkeit, sondern auf seine Forderungen und eine Bewegung zu setzen. Auch dies hat ermöglicht, dass die Democratic Socialists of America (DSA) in 2016 von unter 10.000 auf 35.000 und 2019 auf 55.000 Mitglieder anwuchsen.

Die DSA ist eine Partei, deren Politik in Deutschland als sozialdemokratisch gelten würde. Sie stützt sich auf die Arbeiter_Innenklasse und benennt diese klar als Bezugspunkt. Auch ihre Versuche sich mit Gewerkschaften zu vernetzen und eine Verbindung der Kämpfe von Antisexismus, Antirassismus und gewerkschaftlichen Kämpfen herzustellen sind vielversprechend. Einerseits stellt dies eine große Chance für Kommunist_Innen dar, Menschen für die kommunistischen Ideen zu begeistern und andererseits ist eine unabhängige Organisierung auch ein notwendiger Schritt zu einer klassenunabhängigen, wenn auch noch nicht unbedingt revolutionären Politik. Alleine schon die Existenz einer unabhängigen Massenarbeiter_Innenpartei in den USA wäre ein großer Fortschritt und die Bereitschaft in den linken Teilen der Gesellschaft und auch in der DSA, mit den Demokraten zu brechen, ist hoch wie nie. Gerade die Konflikte um Sanders und die Demokraten haben dies verstärkt.

Verhältnismäßig viele der linkeren Teile der demokratischen Basis sind dazu

geneigt Unabhängige zu wählen. Das ist für die USA besonders bedeutsam, da historisch nie mehr als zwei große Parteien ernsthafte Chancen auf die Präsidentschaft hatten. Dies wird immer als Totschlagargument gegen die Gründung und Wahl neuer Parteien benutzt. Doch es geht in Wirklichkeit darum einen gesellschaftlichen Wandel zu bewirken und das ist nur durch die Aktion möglich, durch die Organisierung von Protesten, Strukturen und Streiks. Mit der wachsenden sich als sozialistisch verstehenden Bewegung, Black Lives Matter, Solidaritätsstreiks im Profisport und vielen Produktionszweigen und der Debatte um Krise von Wirtschaft und Gesundheit, die durch die Pandemie losgetreten wurde, ist dies eine der besten Gelegenheiten für den Aufbau einer unabhängigen Arbeiter_Innenpartei, die es jemals gab.

Wer gewinnt, Biden oder Trump?

Das ist schwer zu sagen, da ihre Prognosen eng beieinander liegen. Es wird an den Zielen ihrer Politik aber nicht viel ändern. Beide beabsichtigen die Krise mit Förderung der Kapitalist_Innen und Angriffen auf die Arbeiter_Innenklasse zu beantworten. Der Unterschied liegt hauptsächlich in der Art und Weise. Unter Trump werden die Angriffe mit härteren Mitteln und offenerem Rassismus durchgeführt werden. Man kann auch nicht sagen, dass es überhaupt keinen Unterschied macht, wer gewinnt, allein schon weil die Wahl eines offenen Rassisten wie Trumps auch als Gradmesser für das Bewusstsein der US-amerikanischen Bevölkerung verstanden werden muss. Aber an den kapitalistischen Grundbedingungen wird sich nichts ändern, keiner von beiden wird das Gesundheitssystem reformieren, keiner wird Streikende unterstützen oder Klasseninteressen ansprechen und keiner von beiden wird den rassistischen Polizeiapparat angehen. Biden sagte dazu bloß, es sei ja ein Unterschied, ob man Polizisten beibringe auf den Kopf oder die Beine zu schießen. Und genau diese Art von Kandidat stellt er dar. Er ist der Einen-Schuss-in-die-Beine-statt-in-den-Kopf-Kandidat.

Warum kein Schuss in die Beine?

Immer noch besser als ein Kopfschuss, also Biden wählen. Könnten wir jetzt sagen. Sagen wir aber nicht, denn wie sollen wir als Revolutionär_Innen die

Klasse für unsere Ideen gewinnen, wenn wir sie dazu aufrufen sich für einen Schuss in ihre Beine stark zu machen. Und wir haben ja oben ausführlich geschildert, dass Biden eben nicht die Interessen der Arbeiter_Innenklasse vertritt, sondern nur eine andere Strategie der bürgerlichen Klassenherrschaft, die sich eher zufällig an manchen Punkten mit progressiver Politik verwechseln lässt.

Was jetzt in den USA notwendig bleibt, ist das Nutzen von Wahlkampf und den Bewegungen, um eine Organisation aufzubauen, die die Interessen der Klasse und der Unterdrückten auch außerhalb von Wahlen unterstützt. Die es z.B. fördert, wenn Schwarze Communities selbst Patrouillen durch ihre Nachbarschaft schicken, um sich vor Rechten, Kriminalität aber auch der Polizei zu schützen. Oder die Gewerkschaften dazu drängt den Schulterschluss mit den antirassistischen und antisexistischen Kämpfen zu suchen. Und zu guter Letzt braucht es den Kampf um eine unabhängige Arbeiter_Innenpartei, in der Kommunist_Innen für ein revolutionäres Programm kämpfen, die die Kosten der Krise Trump, Biden und Co. zahlen lässt!

Woher kommen eigentlich Verschwörungsideologien?

von

J.J.Wendehals

Bei

den "Querdenker"-Demos kommen aktuell so viele Leute auf die Straße wie sogar die Rassist_Innen von Pegida selbst zu ihren Hochzeiten nur hätten träumen können. Dabei handelt es sich zwar keineswegs um eine einheitliche Masse aus knallharten Faschist_Innen, aber es gibt doch ein ideologisches Dach, unter dem alle diese

verschiedenen Leute (auf eine infektionspolitisch nicht vertretbare Nähe) zusammenkommen: Es handelt sich um (mal mehr und mal weniger) wilde Theorien darüber wie mystische Kräfte oder Personen die Geschehnisse der Welt lenken und sie gegen den "kleinen Mann" lenken, der sein einfaches Leben unterhalten will. Wir nennen diese Verschwörungsideologien.

Woran glaubt ein_e Verschwörungsideolog_in?

Typischer

Weise richten sie sich gegen tatsächlich relativ einflussreiche Personen wie Konzernchefs (Bill Gates) oder Regierungsangehörige (Merkel, Obama) aber es gibt auch weitaus phantastischere Ziele (Echsen, außer- oder überirdische Wesen) und offen rassistische (Juden und Jüdinnen, Geflüchtete). In den einzelnen Theorien sind dann diese verschiedenen Feindbilder oft miteinander kombiniert und verflochten wie z.B. im Fall von antisemitischen Verleumdungen des George Soros (ein Investor jüdischer Abstammung, der sein Vermögen auch für Bildungs- und bürgerrechtliche Zwecke einsetzt) oder wenn behauptet wird Bill Gates (eigentlich ein getarntes Echsenwesen) stehe hinter der Coronapandemie, um damit Geld in die Taschen der Pharmakonzerne zu lenken, an denen er beteiligt ist. So absurd und lächerlich diese Theorien einstweilen wirken, so real sind aber offenbar doch ihre Auswirkungen und Hintergründe, dafür sind die Mobilisierungen in Berlin nur der aktuellste von vielen Belegen. Schon der Hitlerfaschismus verband seinen Antikommunismus mit antisemitischen Motiven, wenn er die Gefahr einer "bolschewistisch-jüdischen Weltverschwörung" an die Wand malte und hatte am Ende den unfassbaren Terror von Zweitem Weltkrieg und Shoah zur Folge. Wir wollen also in diesem Text das Phänomen ein wenig analysieren.

Was ist die ideologische Struktur der Verschwörungstheorien?

Auch

wenn Bebel sagte, Antisemitismus sei der "Sozialismus der dummen Kerls", beschränken Verschwörungsideologien sich nicht darauf Hirngespinnste "dummer" Menschen zu sein. Als Ausgangspunkt haben sie tatsächlich oft eine reale Ungerechtigkeit der kapitalistischen Verhältnisse, so z.B. die sich öffnende Schere zwischen Arm und Reich, die Profitmacherei in der Pharmaindustrie, Arbeitslosigkeit oder das zu Grunde gehen von kleinen Unternehmen. Jedoch bleiben sie unfähig die systematischen Ursachen dieser Missstände in der Struktur des Kapitalismus' zu erkennen. Stattdessen greifen sie zu vereinfachten Modellen, die allerdings jene mystischen Elemente benötigen, um eine lückenlose "Argumentation" bilden zu können. Wenn beispielsweise nicht erkannt wird, dass die kapitalistische Konkurrenz die Kapitalist_Innenklasse dazu zwingt, ihre Profite immer weiter zu maximieren oder unterzugehen, dann muss das Verhalten der Konzerne in dem bösartigen Charakter liegen, den gewisse Personen haben sollen, die für diese Konzerne verantwortlich gemacht werden. Oder eben darin, dass diese Personen von Echsen kontrolliert werden usw. usf. Dies ist auch oft ein Punkt, an dem Antisemitismus Einzug erhält in jene Ideologien, da das Bild vom "gierigen Juden", der für seine eigenen Ziele bereit ist "die ganze Gemeinschaft" zu betrügen, schon seit vielen hundert Jahren genutzt wird, um die verschiedenen Formen des Judenhass' zu begründen, die über die Geschichte aufgetreten sind. So auch die Nationalsozialist_Innen, die unterschieden zwischen einem "schaffenden" Kapital und einem (jüdischen) "raffenden" Kapital, das für die kapitalistischen Missstände wie Arbeitslosigkeit und insbesondere die Weltwirtschaftskrise Ende der 20er verantwortlich sei. Seitdem sind Wirtschaftskrisen, die die kapitalistischen Widersprüche auf die Spitze treiben, immer wieder ein fruchtbarer Nährboden für Verschwörungsideologien gewesen, der seine Wirksamkeit besonders dann entfalten kann, wenn durch Schwäche und Niederlagen der Linken Raum dafür gemacht wird (Was hat eigentlich die Linkspartei zum Coronamanagement der Bundesregierung zu sagen?).

Es

sei an sich durchaus möglich, so ist das Fazit dieser Theorien, ein gutes Leben im Kapitalismus zu führen, wenn nicht gewisse böse Elemente vorhanden wären, die dem immer wieder entgegen wirken, entweder durch Zersetzung von innen oder Fernsteuerung von außen. Demnach ist die logische Konsequenz auch nie der vollständige Umsturz des kapitalistischen Systems, sondern immer nur die Beseitigung dieses oder jenes spezifischen Phänomens, das für alles Übel verantwortlich sei, wie einzelne Kapitalist_Innen, die Jüdinnen und Juden oder Geflüchteten. Um das zu erreichen werden Appelle an den Staat gerichtet (z.B. Merkel und Spahn sollen vor Gericht) und im schlimmsten Fall wird zu „Selbstjustiz“ gegriffen wie bei dem Anschlag in Halle.

Welches

Sein steht hinter diesem falschen Bewusstsein?

Als

Marxist_Innen spielen für uns jedoch nicht nur die ideologischen Merkmale einer Bewegung eine Rolle, sondern vor allem auch die Frage, wer vertritt diese Ideologie und in welchem Zusammenhang steht sie zu den materiellen Verhältnissen, mit einem Wort was ist ihr Klassencharakter? Zwar ist die Soziologie der „Hygienedemos“ noch wenig erforscht, allerdings zeichnet sich eine Tendenz ab, die auch bei NSDAP und gewissen Teilen der AfD zu beobachten ist. Neben besonders prekarierten Teilen der Arbeiter_Innenklasse wird der hauptsächliche Anteil durch das Kleinbürger_Innentum ausgemacht, also z.B. Besitzer_Innen von kleinen Läden oder Betrieben aber auch Selbstständige im Handwerk, in der Gastro- oder Kulturbranche. Das Kleinbürger_Innentum steht im Kapitalismus zwischen den Fronten der beiden Hauptklassen Bourgeoisie und Proletariat. Es kann daher auch kein konsistentes Klasseninteresse entwickeln, sondern schwankt vielmehr die ganze Zeit zwischen den beiden Polen von Bourgeoisie und Proletariat. Wenn sich ihm auch immer wieder kleine Nischen öffnen, in die das große Kapital (noch) nicht vorgedrungen ist (Beispiele

sind bei Start-Ups oder im Dienstleistungssektor zu finden), so ist es doch der Konkurrenz eines großen Konzerns niemals gewachsen. Insbesondere in Krisenzeiten ist es anfällig, es fehlen ihm Verteidigungsmittel wie Rücklagen und viele werden zerrieben und in das Proletariat hinabgedrückt.

Möglich

ist dann, dass Teile von ihm sich der Arbeiter_Innenbewegung anschließen, die gegen die Abwälzung der Krisenkosten auf die Bevölkerung ankämpft. Da das Kleinbürger_Innenum nämlich nicht nur Produktionsmittel besitzt, sondern sich gleichzeitig auch selber ausbeuten muss, kann ihre Situation nur so positiv aufgelöst werden. Aber diese Möglichkeit besteht natürlich auch nur, falls so eine Bewegung überhaupt existiert und es schafft ein revolutionäres Programm aufzuwerfen. Andernfalls können daraus große reaktionäre Bewegungen werden, die gefährlich sind für die Arbeiter_Innenklasse und alle anderen unterdrückten Gruppen.

Keinen

Boden, keine Straße den Rechten!

Als

Revolutionär_Innen ist es also unsere Aufgabe für die Entstehung jener linken Bewegung einzutreten. Wir müssen die Gewerkschaften und Arbeiter_Innenparteien unter Druck setzen, dass sie linke Antworten auf die Angriffe der Herrschenden formulieren und für diese auf die Straße gehen sollen, anstatt sich klein zu machen und die Interessen der eigenen Basis zum Teilbedürfnis der Konzerne zu pervertieren, wie es die IG Metall vormacht, wenn sie sich für die unsägliche Abwrackprämie einsetzt.

Jenen

Verschwörungsideologien muss aber eine Bewegung der Arbeiter_Innenklasse eine unmissverständliche Absage erteilen. Den Rechten und Verwirrten sollten wir jetzt vor allem keinen Raum auf der Straße lassen. Blockieren wir sie, wo sie mobilisieren und bauen

wir dabei eine Gegenbewegung auf, die die Fragen der Krise von links beantwortet!

Was war los bei

Am

Wochenende vom 25.-27. September haben wir uns an der Aktion von EndeGelände im

Rheinland beteiligt. Ziel dieses Bündnis von Klimaaktivist_Innen war es, dort die Infrastruktur von Europas größtem Braunkohlerevier zu stören. Letztlich sollte damit gezeigt werden, dass es radikale, antikapitalistische Lösungen braucht, wenn wir die Folgen des Klimawandels noch lindern wollen.

Revo

am Start!

Am Freitagmorgen reisten Genoss_Innen aus Dortmund und Stuttgart an, die sich

beim Camp von den AntiKohleKidz an Plena und am Aktionstraining beteiligten.

Der Rest aus dem Bundesgebiet erreichte das Camp erst in der Nacht, nachdem sie

sich noch mittags bei den lokalen FridaysForFuture Demonstrationen beteiligten.

Am nächsten Morgen ging es dann um 8:30 los. Trotz der frühen Uhrzeit und drohendem Regen zeigten sich die ca. 200 Aktivist_Innen des AKK-Fingers bereits

auf dem Weg zur Bahn sehr entschlossen. Es wurden sofort laute Parolen gerufen

und die Gruppe trainierte noch einmal einige Handzeichen. Wir waren mit 14

Personen dabei und waren Teil des Strukturteams.

Die erste Bahn fiel wegen „polizeilicher Ermittlung“ aus. In der zweiten Bahn hatten wir dann direkt mit der nächsten Bullenrepressionen zu kämpfen, die ohne

Grund den Zug für etwa 20 Minuten stoppten. Trotzdem erreichten wir etwa eine

Stunde später unser erstes Ziel Hochneukirchen, ein Dorf das von RWE abgerissen

werden soll, um mehr Braunkohle abbauen zu können. Dort trafen wir auf die Anfangskundgebung einer Demonstration, an der sich unter anderem FridaysForFuture und die Initiative „Alle Dörfer bleiben“ beteiligten. Dort kam

es zur nächsten Schikane von der Seite des Staates. Die genehmigte Route, die

in Blickweite des Tagebaus lag, wurde von der Polizei kurzfristig verboten. Die

Route sollte jetzt viel weiter vom Tagebau entfernt verlaufen. Der Einspruch der Veranstalter_Innen wurde von der Stadt abgelehnt. Die Zeit, bis wir weiterlaufen konnten, nutzten wir, um unsere Flyer zu verteilen, Zeitungen zu

verkaufen und mit den Aktivist_Innen ins Gespräch zu kommen.

Danach

beteiligten wir uns gemeinsam mit dem AKK-Finger an der Demonstration. Dort

konnten wir über den Lautsprecherwagen eine Rede halten. Kurz vor Ende der Demo

entschieden wir uns dazu, in Richtung Tagebau zu rennen, wo die Polizei allerdings bereits auf uns wartete. An der ersten kleineren Polizeikette sind wir noch vorbeigekommen. Etwa 100 Meter dahinter bildete sich eine zweite Polizeikette, die nun die letzte vor der Abbruchkante des Tagebaus war. Der Finger versuchte sich erst wieder zu sammeln. Da die Polizei sich noch nicht voll organisiert hatte, aber immer mehr wurde, entschieden wir uns

durchzubrechen. Der hintere Teil teilte sich allerdings wieder zur Seite auf.

So hatte die Polizei es leicht, uns zurückzudrängen und letztlich

einzukesseln.

Dabei gingen sie sehr gewaltsam, unter anderem mit dem Einsatz von Schlagstöcken, vor. Auch während des Kessels ging sie sehr repressiv vor und

probierte uns immer enger zusammenzudrücken. Infektionsschutz schien den Polizist_Innen

ziemlich egal zu sein. Einen Abstand von zwei Metern zueinander konnten wir so

nicht mehr einhalten. Wir probierten uns dagegenzustellen, was uns ein wenig

Raum verschaffte. Dies nahm die Polizei wahrscheinlich zum Anlass, um einen Genossen

auf brutalste Weise aus dem Kessel zu ziehen und festzunehmen.

Nach einigen Verhandlungen führte die Polizei uns dann zum anderen Teil des

Fingers, der inzwischen auch eingekesselt war, und lies uns dann etwa 500 Meter

vom Tagebau entwerft frei.

Dort entschloss sich der Großteil des Fingers noch dazu, die 6 km als Demo zurückzulaufen, anstatt vom Bus abgeholt zu werden. Dies wurde eher zum Feiern

genutzt, wir konnten aber auch noch 2 Reden halten, in denen wir unter anderem

auf die Lage der Geflüchteten, Polizeigewalt und den allgemeinen Rechtsruck aufmerksam machten.

Was dabei auffiel, war die positive Resonanz der Anwohner_Innen. Die Menschen

standen am Straßenrand oder winkten aus dem Fenster und wirkten insgesamt sehr

dankbar, dass wir da waren, um uns radikal und entschlossen gegen RWE zu stellen.

Die Rückfahrt blieb dann ohne weitere Repressionen oder sonstige Vorkommnisse,

sodass wir gegen 23 Uhr, durchnässt, erschöpft, aber auch mit neuer Motivation

zum revolutionären Kampf gegen das kapitalistische System, im Camp ankamen.

Mit den

AntiKohleKidz waren wir natürlich nicht die einzigen, die im Rheinischen Revier

versuchten RWE zu blockieren. Insgesamt waren über 3000 Aktivist_Innen dort, um

für den Ausstieg aus fossilen Energieträgern zu demonstrieren. Dabei wurde neben Kohle- dieses mal auch Gasinfrastruktur blockiert.

Wie

hätten die Besetzungen länger als ein paar Stunden andauern können?

Dass

EndeGelände es schaffte, so viele Menschen in Zeiten von Corona und super schlechtem Wetter zu mobilisieren, ist auf jeden Fall positiv zu bemerken.

Außerdem spürten wir während der gesamten Aktion eine sehr große Entschlossenheit bei den Aktivist_Innen. Alle waren sich einig, dass wir den Weg zu einer klimagerechten Welt selbst in die Hand nehmen müssen und dieser

Weg uns gegen das kapitalistische System führt. Dabei gab es auch keine Spaltungsversuche innerhalb der Bewegung, wie es sonst oft auf linken Demonstrationen der Fall ist.

Generell ist bei EndeGelände auch eine Linksentwicklung zu erkennen.

EndeGelände ist bekannt für den Spruch „System Change not Climate Change“.

Dabei wird der Begriff „Systemwandel“ jedoch sehr schwammig benutzt, ohne klare

Strategie, wie wir das System verändern können und welches System überhaupt.

Wir sagen dagegen ganz klar, dass wir das kapitalistische System, durch eine Revolution der Arbeiter_Innen und Jugend aller Länder stürzen und den Kommunismus aufbauen müssen. Ein zentraler Bestandteil dabei ist, dass die

Produktionsmittel, die aktuell in privatem Besitz sind, vergesellschaftet werden. Diese Forderung, also die Enteignung von RWE und die Vergesellschaftung der Energieindustrie, hat Ende Gelände dieses Jahr mit aufgenommen. Leider stellen sie nicht die Frage, was sie genau unter Vergesellschaftung verstehen und wer diese kontrolliert. In unseren Augen bedeutet das nämlich die Veränderung der Eigentumsverhältnisse durch die demokratische Kontrolle des Betriebs durch die Beschäftigten. „Kohleausstieg selber machen“ bedeutet für uns, ihn zusammen mit den Beschäftigten zu planen und zu kontrollieren. Indem wir die Arbeiter_innenklasse als Subjekt der Veränderung wahrnehmen, ansprechen und für unseren Kampf gewinnen, können wir die Kapitalist_innen da treffen, wo es ihnen wirklich weh tut: bei ihren Profiten. Wenn wir die Beschäftigten auf unserer Seite haben, können wir Besetzungen auch über längere Zeit aufrecht erhalten und wirklich Druck ausüben, statt nur symbolische Aktionen durchzuführen.

Ein weiterer Aspekt, wie die Besetzungen und Blockaden in Zukunft erfolgreich sein könnten, ist die Frage der Aktions- und Organisationsform der Proteste. Was Ende Gelände gut macht ist, viele Leute anzusprechen und zu mobilisieren. Allerdings sind die Proteste sehr individualistisch geprägt. Dadurch, dass beim Durchfließen der Polizeiketten sich die Finger in kleine Gruppen aufteilen, wird bewusst in Kauf genommen, dass einzelne Personen polizeiliche Repressionen erwartet. In diesem Moment ist also jede_r, oder vielleicht noch jede Bezugsgruppe, auf sich allein gestellt.

Dem

individuellen zivilen Ungehorsam stellen wir unsere Methode der kollektiven Selbstermächtigung entgegen. Massenblockaden bedeuten für uns nicht das einfache Zusammenspiel verschiedener Bezugsgruppen, sondern dass sich diese

Aktionen auch auf Massenorganisationen stützen müssen. Also zum Beispiel Gewerkschaften, Räte oder Aktionskomitees. Um dies zu organisieren brauchen wir

wirkliche demokratische Strukturen, wie Basisversammlungen, in denen kollektive

Entscheidungen getroffen und abwählbare, rechenschaftspflichtige Delegierte

gewählt werden. Dieses Modell der Demokratie stellen wir der klandestinen Geheimhaltungspolitik von Ende Gelände entgegen, in welcher nur ein kleiner

Kreis von Auserwählten weiß, was gespielt wird.

Um das zu erklären, muss die Taktik des zivilen Ungehorsams grundlegend betrachtet

werden. Anders als zum Beispiel Extinction Rebellion sieht Ende Gelände die Polizei zwar als Gegnerin, trotzdem sind Festnahmen fester Bestandteil der Aktion. Denn es geht nicht in erster Linie darum, Kohleinfrastruktur zu blockieren

und auf lange Zeit besetzt zu halten, sondern darum möglichst viel Aufmerksamkeit in der Presse und in der Bevölkerung zu bekommen.

Dahinter

steht ein idealistisches Verständnis des bürgerlichen Staates. Anhänger_innen

des zivilen Ungehorsams glauben, dass der Staat vernünftiger handeln würde,

wenn wir ihn nur auf die Probleme der Welt öffentlichkeitswirksam aufmerksam

machen. Der Staat steht im Kapitalismus jedoch nicht über den

Klasseninteressen. Im Gegenteil ist er genau dafür verantwortlich, dass die

Herrschaft des Kapitals mit Gewalt aufrecht erhalten wird und ihre Profite abgesichert werden. Wo die Profitlogik zählt, ist mit Vernunft leider nicht viel zu machen. Wenn wir Freiheit und Klimagerechtigkeit wollen, müssen wir diesen Staat also kaputt machen und dürfen uns nicht mit Bitten an ihn begnügen.

Aber wer kann den Kapitalismus stürzen?

Im Kapitalismus gibt es im Grunde 2 Klassen, die sich gegenüberstehen. Die Kapitalist_Innen, die die Produktionsmittel besitzen, und die Arbeiter_Innen, die ihre Arbeitskraft besitzen, die sie gezwungen sind zu verkaufen. Mit ihrer Stellung im Produktionsprozess ist die Arbeiter_Innenklasse in der Lage durch Produktionskontrolle und gesellschaftliche Planung ökologische und ökonomische Kreisläufe in Einklang zu bringen bei globalem und sozialem Austausch. EndeGelände
verkennt diese zentrale Rolle der internationalen Arbeiter_innenklasse für eine ökologische Revolution. Das Bündnis wendet sich abstrakt an die gesamte Bevölkerung, welche sie als Ansammlung von Individuen verstehen und nicht als Kollektive mit widerstreitenden Interessen.

Und Wie kann die Arbeiter_Innenklasse das schaffen?

Wie auch EndeGelände stehen wir für Massenmobilisierungen. Allerdings wollen wir es nicht dabei belassen Aufmerksamkeit zu erzeugen. Wir müssen die Klimagerechtigkeit erzwingen, wenn es nicht anders geht. Dabei spielt der Streik eine entscheidende Rolle, da er das System in seinem Herzen, dem Profit, trifft. Dabei sollte es aber auch nicht bei rein ökonomischen Forderungen bleiben.

Vielmehr bietet der Streik auch Möglichkeiten sich als Klasse zu organisieren, Betriebe zu besetzen um letztendlich die Kontrolle über die Produktion zu übernehmen.

Um da hinzukommen, ist es wichtig den Klimawandel auch als soziale Frage zu betrachten und zu erkennen, dass Umweltzerstörung, Rassismus, Sexismus und Ausbeutung eine gemeinsame Grundlage haben, die Kapitalismus heißt. Diese Bewegungen müssen sich verbinden, aber auch den Anschluss zur Arbeiter_Innenbewegung suchen, um erfolgreich zu sein. Was wir brauchen ist deshalb eine internationale Anti-Krisen-Konferenz, in der unterschiedliche Aktivist_innen und Organisationen der Arbeiter_innenklasse über einen gemeinsamen Programm und kollektive Aktionen diskutieren, mit denen wir der kapitalistischen Klima-, Wirtschafts- und Coronakrise einen Strich durch die Rechnung machen!